

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 26. —

(Nr. 2311.) Ministerial-Erklärung über die zwischen der diesseitigen und der Fürstlich Reuß-Plauischen gemeinschaftlichen Landes-Regierung zu Gera abgeschlossene Uebereinkunft, um hinsichtlich des Schutzes der gewerblichen Waarenbezeichnungen in den Königlichen Staaten auf der einen Seite und in den gesammten Landen der Fürstlich Reuß-Plauischen jüngeren Linie auf der andern Seite, die gegenseitige Gleichstellung der beiderseitigen Unterthanen herbeizuführen; D. d. den 5. Oktober und bekannt gemacht den 8. November 1842.

Gemäß dem §. 4. des Königlich Preussischen Gesetzes vom 4. Juli 1840. betreffend den Schutz der Waarenbezeichnungen, sollen die Bestimmungen der §§. 1. 2. dieses Gesetzes auch zu Gunsten der Unterthanen derjenigen fremden Staaten in Anwendung gebracht werden, mit welchen wegen der deshalb zu beobachtenden Reziprozität Uebereinkunft getroffen worden ist. Nachdem nunmehr die Königlich Preussische Regierung auf der einen Seite und die beiden Regierungen der Fürstlich-Reussischen Lande jüngerer Linie, namentlich also die Fürstliche Regierung von Reuß-Schleiz und die Fürstliche Regierung von Reuß-Lobenstein und Ebersdorf, mit Einschluß der diesen beiden Regierungen gemeinschaftlichen Herrschaft Gera, auf der andern Seite unter sich übereingekommen sind, gegenseitig ihre beiderseitigen Unterthanen in dem gesetzlichen Schutze der Waarenbezeichnungen einander gleich zu stellen und zu behandeln, so wird hierdurch Seitens des unterzeichneten Königlich Preussischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten noch besonders und ausdrücklich erklärt, daß die Bestimmungen der §§. 1. 2. des erwähnten Gesetzes vom 4. Juli 1840. auch zum Schutze der Unterthanen der gesammten Fürstenthümer Reuß jüngerer Linie in der ganzen Preussischen Monarchie Anwendung finden sollen.

Jahrgang 1842. (Nr. 2311.)

49

Hier-

(Ausgegeben zu Berlin den 9. Dezember 1842.)

Hierüber ist Königlich Preussischer Seits die gegenwärtige Ministerial-
Erklärung unter Beifügung des Königlichen Insigels ausgefertigt worden.
Berlin, den 5. Oktober 1842.

(L. S.)

Königl. Preuss. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
Frl. v. Bülow.

Vorstehende Erklärung wird, nachdem sie gegen eine entsprechende Erklärung
der Fürstlich-Neuß-Plauischen gemeinschaftlichen Landesregierungen zu Gera aus-
getauscht worden ist, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Berlin, den 8. November 1842.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
Frl. v. Bülow.

(Nr. 2312.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 14. November 1842., betreffend die Uebertragung der Leitung der Verwaltung der Domainen und Forsten an den Grafen zu Stolberg-Wernigerode.

Ich benachrichtige das Staatsministerium, daß Ich dem wiederholten Ansuchen des Staatsministers von Ladenberg, ihn bei seinem vorgerückten Alter wegen Erschöpfung seiner Kräfte mit dem 1. Dezember d. J. in den Ruhestand zu versetzen, nachgegeben, und von diesem Zeitpunkte ab, dem Staatsminister, Grafen zu Stolberg-Wernigerode unter Beibehaltung seiner bisherigen Stellung in dem Ministerium Meines Königlichen Hauses, die Leitung der Verwaltung der Domainen und Forsten in gleicher Weise, wie solche dem Staatsminister von Ladenberg anvertraut gewesen, übertragen habe.

Charlottenburg, den 14. November 1842.

Friedrich Wilhelm.

An das Staatsministerium.

(Nr. 2313.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 23. November 1842., die Ernennung des Ober-Regierungsraths Köhler und des Stadthaltesten Knoblauch zu Mitgliedern der Hauptverwaltung der Staatsschulden betreffend.

Auf die Mir Seitens des Staatsrathes gemachten Vorschläge habe Ich den Ober-Regierungsrath Köhler zum dritten und den Stadthaltesten Knoblauch zum vierten Mitgliede der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden ernannt, auch wegen deren Verpflichtung das Erforderliche an den Justizminister verfügt, wovon Ich Sie mit dem Auftrage in Kenntniß setze, diese Ernennungen durch die Gefesammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Charlottenburg, den 23. November 1842.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister Rother.

R e g i s t e r

zur Gesetz-Sammlung, Jahrgang 1842.

Bemerkung. Die am Schlusse der einzelnen Bestimmungen befindlichen Zahlen weisen auf die Seiten hin. — Abkürzungen: A. K. O. (Allerhöchste Kabinetts-Order.) G. (Gesetz.) V. (Verordnung.)

I. Sachregister.

A.

Abfindungs-Kapitalien, bei gutsherrlichen und bäuerlichen Regulirungen, Gemeinheitstheilungen und Ablösungen, deren gesetzmäßige Verwendung zur Befriedigung der Hypothekengläubiger, zufolge der §§. 10. u. 62. der Verordn. v. 30. Juni 1834. (Deklaration v. 30. Juli 42.) 245. f. — Kompetenz der Auseinandersetzungs-, Gerichts- und Hypothekenbehörden hinsichtlich derselben. (ebendas.) 245. f.

Abgaben, siehe Gemeinde-Abgaben, Steuer-Erlaß, Zölle und Zolltarif.

Abshof- (und Abfahrts-) Gelder, gegenseitige, Aufhebung derselben mit der freien und Hansestadt Lübeck in Beziehung auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen. (Minist. Erkl. v. 3. März 42.) 102.

Aggravations-Rechtsmittel, dessen Einlegung gegen Erkenntnisse erster Instanz wegen Dienstvergehen der Beamten in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42. §. 5.) 87.

Anzeigen, öffentliche, Untersuchung und Bestrafung deren Abreißung, Beschädigung und schimpflicher Behandlung in der Rheinprovinz, nach den dort vor der Publikation der B. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Apotheker, denen eine erledigte persönliche Konzession zur Anlegung einer Apotheke verliehen wird, sind auf Verlangen zur Übernahme der Offizin-Einrichtung ihres Vorgängers, nach dem durch Sachverständige bestimmten Preise, verpflichtet. (A. K. O. v. 8. März 42.) 111. — zur Übernahme eines für die Apotheke eingerichteten Grundstücks sollen dieselben aber niemals verpflichtet seyn. (ebendas.) 112.

Appellationshof zu Köln, siehe Rheinprovinz.

Jahrgang 1842.

Aufläufe, (Aufruhr, Tumulte), die dagegen ergangenen landrechtlichen Strafbestimmungen und die B. v. 17. Aug. 1835. und 30. Sept. 1836. kommen in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln, auch ferner unverändert zur Anwendung. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 1. u. 3.) 86. — (Zusammenläufe, nächtliche Schwärmereien und Unruhmäßigkeiten der Einwohner eines Orts), deren Untersuchung und Bestrafung nach den dort vor Publikation der B. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (ebendas. §. 2.) 86.

Auflührerische Schriften, Untersuchung und Bestrafung deren Verkaufs und Verbreitung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Auseinandersetzungsbehörden, siehe General-Kommissionen.

Ausgaben, Befugnisse der Kreisstände, solche zu beschließen, siehe Kreisstände.

Ausgangs- (Ausfuhr-) Abgabe, deren Erhebung nach dem Zolltarif für die Jahre 1843., 1844. u. 1845. (v. 18. Oktober 42.) 253—289. 297.

Auslieferungen von Verbrechern, siehe letztere.

Ausschüsse, ständische, siehe Stände, Provinzial.

Auswanderungen von Fabrikenvorstehern, Bedienten und Arbeitern, Untersuchung und Bestrafung der Verleitung zu denselben in der Rheinprovinz nach den vor Publikation der Verordn. v. 6. März 1821. dort gültigen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

B.

Bagatell-Objekte, Zulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse zweiter Instanz über dieselben, in Anwendung der Deklar. v. 6. April 1839. (A. K. O. v. 22. Dez. 1841.) 16.

Beamte (Staatsbeamte), Untersuchung und Bestrafung deren Dienstvergehen in der Rheinprovinz, im

Beamte, (Fortf.)

Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. — desgl. der dens. zugefügten Beleidigungen. (ebendas. §. 2.) 86. — siehe auch Kreisbeamte, Landräthe; desgl. Degradation, Reisekosten u.

Begleitscheine, siehe Waaren-Begleitscheine.

Begnadigung, Königliche, Zulassung durch solche zu dem wegen begangener Verbrechen versagten oder entzogenen Bürgerrechte. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dez. 41.) 31. (A. R. O. für die Stadt Breslau v. 23. April 42.) 115.

Beleidigungen (Ehrenkränkungen, Injurien), den Behörden, Staatsdienern und obrigkeitlichen Personen zugefügt, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz nach den dort vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Berg, Herzogthum, Ein- oder Ablösung der in demselben vor dem Jahre 1810. entstandenen Pfandschaften innerhalb 5 Jahren. (B. v. 16. Jan. 42.) 75.

Bern, Universität, kann von diesseitigen Unterthanen auf spezielle Genehmigung des Ministeriums der geistl. Angelegenheiten wieder besucht werden. (A. R. O. v. 3. Jan. 42.) 77.

Bescholtene Personen, Versagung oder Entziehung des Bürgerrechts für solche. (B. für die Städte der Provinz Preußen v. 18. Dez. 41.) 30. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115. — Verleihung und Wiedergewährung desselben, nach Vesserung der Vertheiligten. (ebendas.) 31. 115.

Beschwerden, gegründete, deren Untersuchung und Abhelfung in der Rheinprovinz seitens der Behörden und obrigkeitlichen Personen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — über polizeiliche Verfügungen, siehe diese.

Bleie, Gebühren-Entrichtung für deren Anlegung bei Waarenverschüssen. (Zolltarif v. 18. Okt. 42.) 294.

Brandenburg (Kur- und Neumark und Markgrathum Niederlausitz), Provinz, Bildung eines Ausschusses der Provinzialstände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 218—220. — Bestimmung des Unguzstermins des Landgutes in ders. auf den 2. Jan. jeden Jahres. (A. R. O. v. 28. Juli 42.) 217.

Brandschäden, Zulässigkeit von Privat-Unterstützungsvereinen rücksichtlich derselben in der Provinz Schlesien. (Feuer-Sozietäts-Reglement v. 6. Mai 42.) 117. f. 145. — Vergütungsgeelder für dieselben, deren Festsetzung und Auszahlung seitens der Provinzial-Feuer-Sozietäten in Schlesien. (Feuer-Sozietäts-Reglement v. 6. Mai 42.) 128. f. 156. f.

Brandstifter, Prämien, Bewilligung für deren Entdeckung in Schlesien, aus den Prov.-Feuer-Soziet.-Fonds. (Feuer-Sozietäts-Reglem. v. 6. Mai 42.) 143. 167.

Braunschweig, Herzogthum, Übereinkunft mit demselben zur Beförderung der Rechtspflege. (Minist.-Erklärung vom 2. Dezbr. und deren Bekanntmachung v. 23. Dezbr. 41.) 1—14. — Auslieferung flüchtiger Verbrecher von und nach demselben. (ebendas.) 10. 11. — Staatsvertrag mit demselben über die Errichtung einer Eisenbahn von Magdeburg über Oschersleben nach Braunschweig, Hannover und Minden. (v. 10. April 41.) 46—51. — desgl. über die von dessen Regierung innerhalb des Preussischen Gebiets auszuführende Eisenbahn von Oschersleben bis Wolfenbüttel, zum Anschlusse an die von dort nach Braunschweig gehende Bahn. (v. 10. April 41.) 51—57.

Breslau, Stadt, Privilegium für dieselbe zur anderweiten Ausfertigung auf den Inhaber lautender Stadtskifikationen im Betrage von 558,800 Rthlr. mit 3/4 Proz. jährl. Verzinsung. (v. 30. April 42.) 199. — Versagung und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte für bescholtene Personen in ders., in Erläuterung und Modifizierung der Deklar. v. 6. April 1821. und der Zusammenstellung der Ergänzungen zur älteren Städte-Ordnung v. 4. Juli 1832. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

Brich, Herrschaft, Ein- oder Ablösung der in ders. vor dem Jahre 1810. entstandenen Pfandschaften innerhalb 5 Jahren. (B. v. 16. Jan. 42.) 75.

Bromberger Kanal, Ermäßigung der von gestößtem Holze nach dem Tarif v. 16. Jan. 1841. für das Befahren desselben zu erlegenden Abgabe. (A. R. O. v. 22. Juni 42.) 210.

Brückengelder in den Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Bruttogewicht, dessen Feststellung bei zollpflichtigen Waaren. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294—296.

Buchdrucker, müssen auf dem Titel oder am Schlusse der von ihnen ohne Censur gedruckten Werke, über 20 Druckbogen stark, ihren Namen angeben. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250. — Bestrafung derselben für die Übertretung dieser Vorschrift. (ebendas.) 250.

Bücher, siehe Druckschriften.

Bürgerbriefe, auch diese bleiben den vom Bürgerrechte ausgeschlossenen bescholtenen Personen fernerhin versagt. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dez. 41.) 30. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115. — in Stelle derselben werden zum Grundbesitz und Gewerbebetriebe von den

Bürgerbriefe, (Forts.)

Magistrate Zeugnisse behufs der Legitimation der Betheiligten ausgestellt. (ebendas.) 31. 115.

Bürgerrecht, Erläuterung und Modifizierung der über

die Versagung und Entziehung desselben für bescholtene Personen ergangenen Deklaration v. 6. April 1823. und der die Städteordn. v. 19. Novbr. 1868.

in dieser Beziehung ergänzenden und erläuternden Bestimmungen v. 1. Juli 32. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dezbr. 1841.) 31. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

— bezieht sich nur auf die Ausschließung von den bürgerlichen Ehrenrechten, von Stimmfähigkeit und Wählbarkeit, ist aber auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb von keinem Einfluß. (ebendas.) 30. 115. — Verleihung oder Wiederertheilung desselben nach Besserung der Betheiligten, auf den Antrag der Stadtverordn. (ebendas.) 31. 115. — desgl. durch Königl. Begnadigung in Beziehung auf begangene Verbrechen. (ebendas.) 31. 115.

Bürgerrechtsgelder, gewöhnliche, deren Entrichtung

von bescholtenen Personen für das zum Grundbesitz und Gewerbebetriebe, in Stelle des Bürgerbriefes, vom Magistrate der Stadt erhaltene Legitimationszeugniß. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 31. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

Bürgertitel, auch dieser bleibt den vom Bürgerrechte

ausgeschlossenen bescholtenen Personen fernerhin versagt. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 30. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

C.

(Ca. — Cl. — Co. — Er. — Cu. f. Ka. — Kl. v. f. w., mit Ausschluß der Eigennamen.)

Censur, derselben sind Bücher über 20 Druckbogen,

mit Ausschluß der Beilagen, ferner nicht mehr unterworfen, wenn sowohl der Verfasser als der Verleger auf dem Titel genannt ist. (A. R. O. vom 4. Oktbr. 42.) 250. — Niederlegung eines Exemplars solcher Bücher, 24 Stunden vor ihrer Austheilung, bei der Polizeibehörde. (ebendas.) 250. — Strafverfahren gegen den Verfasser und den Verleger, insgl. gegen den Drucker, dessen Name auf dem Titel oder am Schlusse des Werkes angegeben sein muß, wegen Übertretungen obiger Bestimmungen und Retorsverfahren dagegen. (ebendas.) 250.

Censur-Edict, vom 18. Oktober 1819, die Strafbes-

timmungen im Art. XVI. Nr. 2. und 3. wegen Pressvergehen bleiben auch in Beziehung auf diejenigen

Censur-Edict, (Forts.)

Bücher in Kraft, welche fortan von der Censur befreit sind. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250.

Chausseegeld, dessen Erhebung in den Zollvereinten

Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Colbergermünde, Polizeiordnung für den dortigen

Hafen. (v. 29. April 42.) 203—207.

Culm, bischöfliche Diözese, siehe Pfarrer, katholische.**D.****Dammgelder in den Zollvereinten Staaten, siehe Zoll-**

vereinsverträge.

Darstellungen, sinnliche, zur Erregung von Mißver-

gnügen gegen die Regierung, Untersuchung und Bestrafung deren Verkaufs und Verbreitung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Defraudationen, landes- und grundherrlicher Nutz-

ungen, Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zur Führung der Untersuchungen und zur Abfassung der Erkenntnisse wegen derselben. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Degradation, eine bei Beamten Verbrechen im all-

gemeinen Landrechte (Th. II. Tit. 20. §. 334.) vorgeschriebene Strafe, soll nur gegen Beamte im unmittelbaren Staatsdienste anwendbar sein, und in der Versetzung in eine mit geringerem Einkommen verbundene Stelle einer niederen Beamtenklasse bestehen. (A. R. O. v. 31. März 42.) 179.

Denkmäler, (Statuen), öffentliche, Untersuchung und

Bestrafung deren Beschädigung oder Verunstaltung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Departementschefs, von denselben wird nach wie

vor eine strenge Sparsamkeit in allen Verwaltungszweigen erwartet. (A. R. O. v. 22. Novbr. 42.) 308. — Mittheilung der Erkenntnisse gegen Beamte in der Rheinprovinz wegen Dienstvergehen an dies. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 5—7.) 87.

Depositalgelasse, gewölbte, deren Neubau kann bei

den Patrimonialgerichten, welche nicht Eintausend Gerichtseingefessene zählen, unterbleiben, wenn jedenfalls der vorschriftsmäßige Depositalkasten gegen Einbruch gesichert wird. (A. R. O. v. 16. Septbr. 42.) 249. — anderweite sichere Unterbringung des Depositoriums bei verschuldeten oder zur Sequestration oder Subhastation kommenden Gütern, ohne gewölbte Depositalgelasse. (ebendas.) 249.

Depositalmäßige Sicherheit, als solche sind auch

die Obligationen über die vom Staate übernommenen provinziellen Staatschulden anzunehmen. (A. R. O. v. 16. Septbr. 42.) 249.

Desertion, (aus dem Militair), Bestrafung deren Beförderung in der Rheinprov., nach den Bestimmungen des A. L. R. Thl. II. Tit. 20. §§. 147., 474—482. (W. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87. — Verfahren gegen die Ehefrauen der Deserteurs rücksichtlich der Theilnahme an derselben, in der Rheinprovinz, nach den dort vor Publikation der W. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (W. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Dienst-Auszeichnung, für die Landwehr, siehe diese.

Dienststreifen, siehe Reisekosten.

Dienstvergehen, der Staatsbeamten, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (W. v. 18. Febr. 42.) 86. — Ausschließung des öffentlichen Verfahrens in dergl. Untersuchungen. (ebendaselbst §. 4.) 87. — Mittheilung der in erster Instanz wegen ders. abgefaßten Erkenntnisse an den Departementschef und Einlegung des Aggravations-Rechts: mittels dagegen. (ebendas. §. 5.) 87.

Domainen- (und Forst-) Verwaltung, obere, siehe Ministerium des Königl. Hauses.

Domkapitel, ernennen auch künftig ihre ständischen Abgeordneten und deren Stellvertreter nach den bei ihnen bestehenden Observanzen. (Reglem. v. 22. Juni 42. §. 13.) 214.

Drucker, siehe Buchdrucker.

Druckschriften, (Bücher), über 20 Bogen stark, mit Ausschluß der Beilagen, sind der Censur ferner nicht mehr unterworfen, wenn sowohl der Verfasser als der Verleger auf dem Titel genannt ist. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250. — Niederlegung eines Exemplars ders. 24 Stunden vor ihrer Austheilung, bei der Polizeibehörde. (ebendas.) 250. — Strafverfahren gegen den Verfasser und den Verleger, imgleichen gegen den Drucker, dessen Name auf dem Titel oder am Schlusse des Werkes angegeben seyn muß, wegen Übertretung obiger Bestimmungen, und Rekurs: verfahren dagegen. (ebendas.) 250.

Durchgangs- (Durchfuhr-) Abgabe, deren Erhebung nach dem Zolltarif für die Jahre 1843. 1844. und 1845. (v. 18. Oktbr. 42.) 290—293. 297.

Durchmarsch- und Etappen-Konvention, ander: weite, mit dem Herzogthum Sachsen-Koburg und Gotha, auf zehn Jahre. (Minist.-Erklär. v. 10. Jan. und Bekanntmachung v. 27. Jan. 42.) 33—43.

E

Ehrenkränkungen, siehe Beleidigungen.

Ehrenrechte, bürgerliche, Ausschließung bescholtener Personen von dens. (W. für die Städte der Provinz

Ehrenrechte, (Fort.)

Preußen v. 18. Dezbr. 1841.) 30. f. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115. — siehe auch Bürgerrecht.

Eingangs-Abgabe, (Eingangs-, Einfuhrzoll), deren Erhebung nach dem Zolltarif für die Jahre 1843., 1844. und 1845. (v. 18. Okt. 1842.) 253—289. 297. — einstweilige Erhöhung derselben für einige in den Tarif-Positionen 20., 21., 23. b. und 27. c. aufgeführten Waaren-Artikel. (A. R. O. v. 18. Oktbr. 42.) 298.

Eisenbahnen, (Eisenbahn-Anlagen), die Hauptstadt mit den Provinzen und diese unter einander verbindend, und in den Hauptrichtungen das Ausland berührend, — deren Beförderung mit Kraft und Nachdruck seitens des Staats durch alle demselben zu Gebote stehenden Mittel, insbesondere auch durch Übernahme einer Garantie für die Zinsen der Anlage-Kapitalien, nach näheren Anträgen des Finanzministers. (A. R. O. v. 22. Novbr. 42.) 207. 308. — Berlin-Anhaltische, Herausgabe von 500,000 Rthlr. Prioritäts-Aktien für dieselbe. (Allerh. Bestätigungs-Urkunde des zweiten Nachtrags zu deren Statute, v. 18. Febr. 42.) 77—80. — Berlin-Frankfurter, Herausgabe von 600,000 Rthlr. Prioritäts-Aktien für dieselbe. (Nachtrag zu deren Statute, v. 26. August und Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde v. 17. Oktbr. 42.) 300—306. — von Magdeburg über Groß-Oschersleben nach d. Landesgrenze in der Richtung auf Wolfenbüttel, in Verbindung mit einer Eisenbahn von Groß-Oschersleben nach Halberstadt. (A. R. O. v. 14. Jan. 42.) 45. — Staatsvertrag mit Hannover und Braunschweig über die Errichtung einer Eisenbahn von Magdeburg über Oschersleben nach Braunschweig, Hannover und Minden. (v. 10. April 41.) 46—51. — Staatsvertrag mit dem Herzogthum Braunschweig über die von dessen Regierung innerhalb des Preuß. Gebiets auszuführende Eisenbahn von Oschersleben bis Wolfenbüttel, zum Anschlusse an die von dort nach Braunschweig gehende Bahn. (v. 10. April 41.) 51—57. — Untersuchung und Bestrafung der auf derselben vorkommenden Polizei- und Kriminal-Vergehen nach Preussischen Gesetzen und durch Preussische Behörden. (ebendas. Art. 13.) 56. — zoll- und steueramtliches Verfahren rücksichtlich der auf obigen Eisenbahnen ein- und ausgehenden Waaren und Effekten. (ebendas. Art. 7., 5. und 14.) 48. 54. 56. — Anordnungen für die gegenseitigen Postsendungen auf diesen Eisenbahnen. (ebendas. Art. 9. und 7.) 49. 54. — Hazardspiele und Hazardspielbanken sollen weder

Eisenbahnen, (Fortf.)

weder auf den Bahnhöfen noch in den zu obigen Eisenbahnen gehörigen Gebäuden geduldet werden. (ebendas. Art. 10. u. 15.) 50. 57. — Statut der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft. (v. 13. Septbr. 1841. und Allerhöchste Bestätigungs-Urkunde v. 14. Jan. 42.) 58—74. — die Genehmigung und Abänderung der Fuhrpläne auf der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn bleibt der Regierung in Magdeburg vorbehalten. (A. R. O. v. 14. Jan. 42.) 45. — Oberschlesische, Nachtrag zu deren Statut, betr. die Abänderung der §§. 28. u. 48., wegen Stimmgebung der Aktionäre und Legitimation des Direktors gegen dritte Personen und Behörden. (Genehmigungs-Urkunde v. 26. Febr. 42.) 81. 82.

Eutschädigung, siehe Schadensersatz. **Erbpachtgüter, Erbzinsgüter,** gesetzmäßige Verwendung der Abfindungs-Kapitalien für dies., zufolge der §§. 10. u. 62. der B. v. 30. Juni 34. (Deff. v. 30. Juli 42.) 246.

Erfindungs-Privilegien (Patente), Schutz für dies. in den Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Erkenntnisse (Urtheile), wegen Staatsverbrechen und Dienstvergehen, in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirk des Appellationshofes zu Köln, deren Abfassung und resp. Mittheilung an den betreffenden Departementschef. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 5—7.) 87. — wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze, Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zu deren Abfassung. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116. — letztere steht den Obergerichten zu, wenn von dem General-Postamte, einer Regierung oder Provinzial-Steuer-Direktion bereits eine Strafreolution abgefaßt worden. (ebendas.) 116. — s. auch Kriminal-Erkenntnisse.

Etappen- (und Durchmarsch-) Konventionen, siehe Durchmarsch; re. Konvention.

Ezekution, (exekutorische Kraft), rücksichtlich der von den General-Kommissionen und übrigen Auseinanderseßungs-Behörden bestätigten Rezeßse in Beziehung auf die neuen Erwerber theilhaftiger Grundstücke. (A. R. O. v. 18. Dezbr. 41.) 17.

Ezin, Stadt, im Großherzogthum Posen, derselben wird die revidirte Städteordnung v. 17. März 1831. verliehen. (A. R. O. v. 29. April 42.) 192.

F.

Fährgelder, in den Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Feldfrevel, an den Landesgrenzen mit fremden Staaten, siehe Forstfrevel.

Feuerlöschungs-Prämien, deren Bewilligung in Schlesien aus den Prov.-Feuer-Soziet.-Fonds. (Feuer-Soziet.-Reglements v. 6. Mai 42.) 143. 167.

Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten, Provinzial, in Schlesien, Porto-, Stempel- und Sporelfreiheit in dens. (Feuer-Sozietäts-Reglements v. 6. Mai 42.) 118. 145. — Rekurs- und Rechtsverfahren in Streitigkeiten bei solchen. (ebendas.) 140. 164. f.

Feuer-Sozietäts-Reglement für das gesammte platte Land der Provinz Schlesien, mit Einschluß der im Sorauer Kreise belegenen Dörfer Haasel und Zilmsdorf. (v. 6. Mai 42.) 117—144. — Auflösung der für dasselbe bisher bestandenen Feuer-Sozietäten und Ausführung des vorgedachten neuen Reglements. (B. v. 6. Mai 42.) 170—174. — für die Städte der Provinz Schlesien, mit Ausschluß der Stadt Breslau. (v. 6. Mai 42.) 144—169. — Auflösung der für dieselben bisher bestandenen Feuer-Sozietäten und Ausführung des vorgedachten neuen Reglements. (B. v. 6. Mai 42.) 175—178.

Feuer-Sprizen-Prämien, deren Bewilligung in Schlesien aus den Provinzial-Feuer-Sozietäts-Fonds. (Feuer-Soziet.-Reglements v. 6. Mai 42.) 143. 167.

Fideikommißbesitzer und Fideikommißfolger, Sicherstellung deren Gerechtsame bei der gesetzmäßigen Verwendung von Abfindungs-Kapitalien, zufolge der §§. 10. u. 62. der Verordn. v. 30. Juni 1834. (Deff. v. 30. Juli 42.) 246.

Fideikommißgüter, die Bestimmungen des §. 5. des Edikts v. 9. Oktbr. 1807., wegen gestatteter Vererb-pachtung des Vorwerklandes oder einzelner Pertinenzien derselben ohne Zustimmung des Lehns-Ober eigenthümers, der Lehns- oder Fideikommißfolger, werden bis auf weitere Verordnung suspendirt. (A. R. O. v. 28. Juli 42.) 242.

Finanzgesetze, Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zur Föhrung von Untersuchungen und zur Abfassung von Erkenntnissen wegen Vergehen gegen dies. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Fischereifrevel, an den Landesgrenzen mit fremden Staaten, siehe Forstfrevel.

Flüchtlinge, öffentlich verfolgte, Untersuchung und Bestrafung deren Verheimlichung und Beförderung in der Rheinprovinz, nach den vor der Publikation der Verordnung v. 6. März 1821. dort in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 8. Febr. 42. §. 2.) 86. — s. auch Desertion, Hochverrath und Landesverrätherei.

Forderungen, kürzere Verjährungsfristen für dieselben, unter Aufhebung der bisherigen neben dem A. L. R. bestan

Forderungen, (Forst.)

bestandenem provinziellen und statutarischen Bestimmungen hinsichtlich ders. (B. v. 15. April 42.) 114.

Forstfrevel (Jagd-, Fisch- u. Feldfrevel), Vertrag mit Österreich zur Verhütung und Bestrafung ders. an den gegenseitigen Landesgrenzen. (Ministerial-Erklärung v. 21. März u. Bekanntmach. v. 19. April 42.) 112.

Forstschutzbeamte, Glaubwürdigkeit und Befugniß der als solche von Königl. Forstbeamten angenommenen und vereideten Korpsjäger zum Waffengebrauche. (A. R. O. v. 19. Febr. 42.) 111.

Forst- (und Domainen-) Verwaltung, obere, siehe Ministerium des Königl. Hauses.

Freizügigkeit, siehe Abschloß- und Abfahrtselder.

Früchte, auf dem Halme und künftiger Zuwachs, Gestattung deren Verkaufs in der Provinz Westphalen, unter Nichtanwendung der Verbots-Bestimmungen des §. 12. Tit. 7. Thl. II. und des §. 594. Tit. 11. Thl. I. des A. R. O. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 200.

Gebäude, Königl., zur Residenz des Landesherrn bestimmt, Untersuchung und Bestrafung der darin verübten gemeinen Verbrechen in der Rheinprov. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — f. auch Schlösser, Königl.

Gebühren, siehe Sportel-, Freiheit und Sportel-Taxordnung.

Gefangene, Untersuchung und Bestrafung deren gewaltsamer Befreiung in der Rheinprov., nach den vor der Publikation der Verord. v. 6. März 21. dort in Kraft gewesenem Gesetze. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — wegen Hochverraths und Landesverrätherie, siehe diese.

Gefängnisse, Anordnungen für deren Einrichtung bei den Patrimonialgerichten. (A. R. O. v. 16. Septbr. 42.) 249.

Gefängnisstrafen, Umwandlung der Geldbußen in solche wegen Zoll- und Steuerdefraudationen, nach der A. R. O. v. 11. April 39. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Geldstrafen, für Zoll- und Steuerdefraudationen, deren Umwandlung in Gefängnisstrafen, nach der A. R. O. v. 11. April 39. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Gemälde, zur Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung, Untersuchung und Bestrafung deren Verkaufs und Verbreitung in der Rheinprov. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Gemeinde-Abgaben, stärkere Konkurrenz zu denselben seitens bescholtener Personen in Beziehung auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb, in Anwendung der

Gemeinde-Abgaben, (Fortf.)

§§. 202—204. der Städteordn. v. 19. Novbr. 1808. (B. für die Provinz Preußen v. 18. Dezbr. 1841.) 31. — desgl. in der Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

Gemeinde-Verfassung, in denjenigen Städten der Provinz Westphalen, in welchen die revid. Städte-Ordn. bis jetzt nicht eingeführt ist, v. 31. Oktbr. 41., Zeitpunkt für deren vollständige Anwendung in den einzelnen Orten, und Bekanntmachung desselben durch das Amtsblatt. (A. R. O. v. 13. Juni 42.) 209.

Gemeinschafttheilungen, Gültigkeit u. exekutorische Kraft der in dens. bestätigten Rezeßse auch für die neuen Erwerber der theiligten Grundstücke. (A. R. O. v. 18. Dezbr. 41.) 17.

General-Kommissionen (Auseinandersetzungsbehörden) für gutherrlich-bäuerliche Regulirungen, Gemeinschafttheilungen und Ablösungen, Kompetenz derselben, der Gerichte u. Hypothekenbehörden, bei Verwendung der Abfindungs-Kapitalien für die Hypotheken-Gläubiger, zufolge der §§. 10. u. 62. der Verordn. vom 30. Juni 34. (Deklaration v. 30. Juli 42.) 245 f. — Gültigkeit und exekutorische Kraft der von dens. bestätigten Rezeßse in Beziehung auf die neuen Erwerber der theiligten Grundstücke. (A. R. O. v. 18. Dezbr. 41.) 17.

General-Postamt, wenn gegen dessen Strafsolulte über Postdefraudationen auf den Rechtsweg provozirt wird, so steht nur den Obergerichten die Abfassung des Erkenntnisses zu. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Gera, Herrschaft, siehe Neuß-Plauen, jüngerer Linie.

Gerichtliches Verfahren, siehe Rechtsverfahren.

Gerichtsbarkheits-Verhältnisse (Rechtspflege), gegenseitige, Übereinkunft darüber mit dem Herzogthum Braunschweig. (Minist.-Erkl. v. 3. Dezbr. und deren Bekanntmach. v. 23. Dezbr. 41.) 1—14.

Gerichts-Ordnung, allgemeine (1ster Theil, Prozeß-Ordnung), die Anwendung des Tit. 35. ders. (staatsliche Prozesse und Untersuchungen) in Untersuchungen wegen Dienstvergehen etc. in der Rheinprov., nach den A. R. O. v. 6. März 1821. und 2. August 1834., findet dort im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln nicht mehr statt. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — in deren Stelle treten daselbst die in der Rheinischen Straf-Prozeß-Ordn. für zuchtpolizeiliche Vergehen gegebenen Vorschriften. (ebendas. §§. 3. u. 7.) 87. 88. — der §. 250. des Anhangs zu ders. wird aufgehoben, und die Kompetenz der Untergerichte zur Führung von Untersuchungen und zur Abfassung von Erkenntnissen wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, sowie überhaupt wegen Vergehen

Gerichts-Ordnung, (Fortf.) Vergehen gegen Finanzgesetze, erweitert. (A. K. O. v. 29. April 42.) 116.

Gesetze (Verordnungen), allgemeine wichtige, Einziehung gutachtlicher Äußerungen der Ausschüsse der Provinzialstände über dies. bei den ersten Vorbereitungen zu dens. (Verordnungen v. 21. Juni 42. §. 4.) 216. 218. 221. 225. 227. 230. 234. 239. — Untersuchung und Bestrafung deren verbotener Publikation in der Rheinprovinz, nach den vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. dort in Kraft gewesenem Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Gesinde-Ordnung, vom 8. Novbr. 1810, der im §. 43. ders. auf den 2. April festgesetzte Umzugstermin für das Landgesinde wird in den zum ständischen Verbande der Marken Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landestheilen auf den 2. Jan. jeden Jahres bestimmt. (A. K. O. v. 28. Juli 42.) 247.

Getreide, siehe Früchte auf dem Halme.

Gewerbebetrieb, auf solchen ist die Ausschließung vom Bürgerrechte von keinem Einfluß. (B. für die Provinz Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 30. — desgl. in der Stadt Breslau. (A. K. O. v. 23. April 42.) 115. — Legitimation bescholtener Personen zu demselben durch ein Zeugniß des Magistrats der Stadt in Stelle des Bürgerbriefes. (ebendas.) 31. 115. — mit Ausnahme jedoch derjenigen Gewerbe, welche nach den Gesetzen ein besonderes Vertrauen und besondere Erlaubniß voraussetzen. (ebendas.) 31. 115.

Gewichtssystem, gleiches, den Verabredungen unter den Zollvereinten Staaten wegen Herbeiführung desselben tritt das Großherzogthum Luxemburg bei. (Vertrag v. 8. Febr. 42. Art. 11.) 97.

Glatz, Grafschaft, siehe Schlesien.

Glaubwürdigkeit der zum Forst- und Jagdschuze von Königl. Forstbeamten angenommenen und vereideten Korpsjäger vor Gericht. (A. K. O. v. 19. Febr. 42.) 111.

Goldmünzen, der sämmtlichen Zollvereinststaaten, deren Annahme bei den Zollgefallen. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 298.

Gotha, siehe Sachsen-Koburg-Gotha.

Grenzämter, Waaren-Abfertigung von denselben unter Begleitschein-Kontrolle nach Orten, wo sich ein Haupt-Zoll- oder Haupt-Steueramt oder eine andere kompetente Hebestelle befindet. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 297.

Grundbesitz, auf solchen ist die Ausschließung vom Bürgerrechte von keinem Einfluß. (B. für die Provinz Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 30. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. K. O. v. 23. April 42.) 115.

Grundbesitz, (Fortf.) — Legitimation bescholtener Personen zu demselben durch ein Zeugniß des Magistrats der Stadt, in Stelle des Bürgerbriefes. (ebendas.) 31. 115.

H.

Haafel, Dorf, im Sorauer Kreise, siehe Feuer-Sozietäts-Reglement für das platte Land der Provinz Schlesien.

Hafen- (und Lothsen-) Ordnung für Colbergermünde, Stolpmünde und Rügenwaldermünde. (v. 29. April 42.) 203—207.

Hannover, Königreich, Staatsvertrag mit demselben über die Errichtung einer Eisenbahn von Magdeburg über Oschersleben und Braunschweig nach Hannover und Minden. (v. 10. April 41.) 46—51.

Hauptverwaltung der Staatsschulden, zu deren drittem Mitgliede wird der Ober-Regierungsrath Knoblauch ernannt. (A. K. O. v. 23. Novbr. 42.) 314.

Hazardspiele (Hazardspielbanken), sollen nach den mit Braunschweig und Hannover über die Anlegung von Eisenbahnen von Magdeburg nach Braunschweig, Hannover und Minden geschlossenen Staatsverträgen, weder auf den Bahnhöfen, noch in den zu den Eisenbahnen gehörigen Gebäuden geduldet werden. (v. 10. April 41. Art. 10. u. 15.) 50. 57.

Henneberg, Grafschaft, preussischen Antheils, Militärstraße durch dieselbe. (Durchmarsch- und Etappen-Konvention mit Sachsen-Koburg-Gotha v. 10. Jan. 42.) 42.

Herder, von, Joh. Gottfried, zwanzigjähriger Schutz für dessen schriftstellerische Werke gegen den Nachdruck in sämmtlichen Deutschen Bundesstaaten. (Bundesbeschluss vom 28. Juli und Publikations-Patent für sämmtl. Preussische Staaten v. 20. Sept. 42.) 299.

Hochverrath, Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen desselben in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 1. u. 3.) 86. 87.

Holz, gesößtes, Ermäßigung der von demselben nach dem Tarif v. 16. Janr. 41. für das Befahren des Bromberger Kanals zu erlegenden Abgabe. (A. K. O. v. 22. Juni 42.) 210.

Hypothekenbücher, deren Berichtigung nach den von den General-Kommissionen und übrigen Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezeffen in Beziehung auf die neuen Erwerber theiliger Grundstücke. (A. K. O. v. 18. Dezbr. 41.) 17. — Eintragungen und Löschungen in dens. in Beziehung auf die Verwendung von Abfindungs-Kapitalien und Kompetenz der

Hypothekenbücher, (Fortf.)

der Auseinandersetzungs- und Hypotheken-Behörden rücksichtlich ders., zufolge der §§. 10. und 62. der Verordn. v. 30. Juni 1834. (Deklaration v. 30. Juli 42.) 246.

Hypotheken-Gläubiger, deren Befriedigung bei der gesetzmäßigen Verwendung der Abfindungs-Kapitalien aus gutherrlich-bäuerlichen Regulirungen, Gemeinheits-Theilungen und Ablösungen, zufolge der §§. 10. und 62. der B. v. 30. Juni 1834. (Deklaration v. 30. Juli 42.) 245. f. — siehe auch Landrecht, Preussisches, von 1721.

J.

Jagdfrevel, an den Landesgrenzen mit fremden Staaten, siehe Forstfrevel.

Jagdschutz, Glaubwürdigkeit und Befugniß der für denselben von Königl. Forstbeamten angenommenen und vereideten Korpsjäger zum Waffengebrauch. (A. R. O. v. 19. Febr. 42.) 111.

Jarmen, Tarif für das daselbst zu erhebende Vollerwerbsgeld. (v. 19. August 42.) 248.

Injurien, siehe Beleidigungen.

K.

Kalender, Verbot oder Beschränkung deren Einfuhr in die Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Kammergericht, die A. R. O. v. 25. April 1835. betr. die Bestellung desselben zum ausschließlichen Gerichtshofe der Monarchie wegen aller und jeder Verbrechen und Vergehen wider die Verfassung, die öffentliche Ordnung und die Ruhe sowohl der sämtlichen Staaten des Königreichs als auch der übrigen Staaten des Deutschen Bundes, soll in der Rheinprovinz, in dem Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Eöln, auch ferner unverändert zur Anwendung kommen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 1.) 86.

Kanal, Bromberger, siehe letztern.

Katholische Pfarrer, siehe letztere.

Kaufgelder, im Subhastationsverfahren, siehe lezt.

Koburg, siehe Sachsen-Koburg-Gotha.

Kommunal-Abgaben, siehe Gemeinde-Abgaben.

Kommunal-Verfassung, siehe Gemeinde-Verfassung.

Kommunikations-Abgaben in den Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Konistorien, Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungsporteln bei dens. (A. R. O. u. B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309.

Korpsjäger, von Königl. Forstbeamten zu ihrer Unterstützung und zur Verstärkung des Forst- und Jagdschusses angenommen und vereidigt, Glaubwürdigkeit

Korpsjäger, (Fortf.)

ders. vor Gericht und Befugniß ders. zum Waffengebrauch. (A. R. O. v. 19. Febr. 42.) 111.

Kostenfreiheit, siehe Sportfreiheit.

Kranke, deren Kurbehandlung in den Wasser-Heilanstalten ist von aller Einwirkung seitens der Behörden frei. (A. R. O. v. 21. Juli und Reglem. v. 15. Juni 42. §. 2.) 244.

Kreisbeamte, Königl., für solche können die Kreisstände im Königreich Preußen keine Zulagen bewilligen. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — auch nicht in der Provinz Schlesien. (B. v. 7. Jan. 42.) 33.

Kreis-Kommunal-Fonds, Befugniß der Kreisstände im Königreich Preußen, über solche zu disponiren. (B. v. 22. Juni 42.) 211. f. — desgl. im Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und dem Markgrathum Ober-Lausitz. (B. v. 7. Jan. 42.) 33.

Kreisordnung, für das Königreich Preußen, v. 17. März 1828., Ergänzung der in den §§. 3. und 19. ders. gegebenen Bestimmungen über die Verhältnisse und Befugnisse der Kreisstände. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — für die Provinz Pommern, v. 17. August 1825., nähere Bestimmung der im §. 5. lit. d. ders. enthaltenen Vorschriften über die Vertretungen im Stände der Ritterschaft auf den Kreistagen. (B. v. 13. Dezbr. 1841.) 15.

Kreisstände, im Königr. Preußen, Befugnisse derselben, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingesessenen dadurch zu verpflichten. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — desgl. im Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und dem Markgrathum Ober-Lausitz. (B. v. 7. Jan. 1842.) 33.

Kreistage, Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten und deren Stellvertreter zu denselben. (Reglem. v. 22. Juni 1842. §. 13.) 214.

Kriminal-Erkenntnisse, wegen Staatsverbrechen und Dienstvergehen, in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Eöln, deren Abfassung und resp. Mittheilung an den betreffenden Departementschef. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 5—7.) 87.

Kriminal-Ordnung, vom 11. Dezbr. 1805., die Anwendung deren Vorschriften in Untersuchungen wegen Staatsverbrechen und Dienstvergehen in der Rheinprovinz, nach den A. R. O. v. 6. März 1821. und 2. August 1834. findet dort, in dem Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Eöln, nicht mehr statt. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. — in deren Stelle treten daselbst die in der Rheinischen Straf-Prozeß-Ordnung für zuchtpolizeiliche Vergehen gegebenen Vorschriften. (ebendas. §§. 3. und 7.) 87. 88.

Krimi-

Kriminalrechtspflege, s. Gerichtsbarkeitsverhältnisse.
Kriminal-Strafen, für Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und dessen Oberhaupt, so wie für Dienstvergehen der Staatsbeamten, in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. f.

Kriminal-Untersuchungen, wegen Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und dessen Oberhaupt, so wie wegen Dienstvergehen der Staatsbeamten, deren Führung in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. f. — Ausschließung des öffentlichen Verfahrens in dens. (ebendas. §. 4.) 87.

Künste, Belohnung der Verdienste um dieselben durch die dazu bestimmte Klasse des Ordens pour le mérite. (Stiftungs-Urkunde v. 31. Mai 42.) 195.

Kupferstiche, zur Erregung von Mißvergnügen gegen die Regierung, Untersuchung und Bestrafung deren Verkaufs und Verbreitung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Kur- und Neumärkische Zinscoupons und Zinscheine, ältere, vor dem 1. Jan. 1822, sechsmonatlicher Präklusiv-Termin zu deren Einlösung. (A. R. O. v. 5. Jan. 42.) 32.

Q.

Landesverratherei, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 1. und 3.) 86. 87.

Landesverweisungen, deren Ausführung und Strafen für deren Übertretung in der Rheinprovinz, nach den dort vor der Publikation der B. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Landgemeinden, Verfahren bei der Wahl der ständischen Abgeordneten und deren Stellvertreter für dieselben, so wie bei den Wahlen der Bezirkswähler durch die Ortswähler und den Wahlen der letzteren. (Reglem. v. 22. Juni 42. §. 13.) 214.

Landgemeinde-Ordnung, für die Provinz Westphalen, v. 31. Oktbr. 1841., deren Einführung in den einzelnen Orten, wenn die Kommunalverhältnisse daselbst darnach umgestaltet sind und besonders die Einführung der neuen Kommunalbehörden erfolgt ist. (A. R. O. v. 13. Juni 42.) 209. — Bekanntmachung dieses Zeitpunkts für die einzelnen Orte durch das Amtsblatt. (ebendas.) 209.

Landgesinde, in den zum ständischen Verbande der Markten Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landestheilen, dessen Umzugstermin wird auf den 2. Jan. jeden Jahres bestimmt. (A. R. O. v. 28. Juli 42.) 247.

Jahrgang 1842.

Landrätthe, zu deren Büreaustkosten können die Kreisstände in dem Königreiche Preußen keine Zuschüsse bewilligen. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — auch nicht in der Provinz Schlesien. (B. v. 7. Jan. 42.) 33.

Landrecht, allgemeines, die den §§. 54. u. 55. Tit. 6. Thl. I., wegen Verjährung der Schadenersatz-Forderungen, und der sich hierauf beziehenden Deklaration v. 31. März 1838. entgegenstehenden bisherigen provinziellen und statutarischen Bestimmungen werden aufgehoben (B. v. 15. Apr. 42.) 114. — Thl. I. Tit. 11. §. 594., wonach mit gemeinen Landleuten ein Kauf über ihren Zuwachs nur nach Zahl, Maß oder Gewicht und nach den zur Zeit der Ernte marktgemäßen Preisen geschlossen werden kann, soll in der Provinz Westphalen nicht ferner zur Anwendung kommen. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 200. — Thl. I. Tit. 12. §§. 218. 219. ff., das Verfahren mit den seit länger als 56 Jahren deponirten Testamenten betreffend, deren Ergänzung in Beziehung auf die Publikation und abschriftliche Mittheilung der letzteren rücksichtlich der Vermächtnisse für milde Stiftungen. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 201. — Thl. II. Tit. 7. §. 12., wonach keinem Bauer erlaubt ist, seine Früchte auf dem Halme zu verkaufen, soll in der Provinz Westphalen nicht ferner zur Anwendung kommen. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 200. — Thl. II. Tit. 11. §§. 823 ff., deren Anwendung bei Auseinandersetzungen über die Nutzungen des Pfarrbenefiziums in der bischöflichen Diözese von Culm. (B. v. 3. Jun. 42.) 208. — die in demselben (Thl. II. Tit. 20. §. 334.) bei Beamten-Verbrechen vorgeschriebene Degradation ist nur gegen Beamte im unmittelbaren Staatsdienste anwendbar. (A. R. O. v. 31. März 42.) 179. — dieselbe soll in der Versetzung in eine mit geringerem Einkommen verbundene Stelle einer niedern Beamtenklasse bestehen. (ebendas.) 179. — an die Stelle der in den Verordnungen v. 6. März 1821 und 2. Aug. 1834, wegen Bestrafung von Staatsverbrechen und Dienstvergehen in der Rheinprovinz, angeführten §§. 148. 149. 150. 157. 158. 159. 160. a. 160. b. 161. 162. 166. 176. 177. 180—182. 184. 186—193. 207—211. 483—498. Tit. 20. Thl. II. desselben, treten diejenigen Gesetze, welche vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 1821. dort, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln, in Kraft waren. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — dasselbe gilt hinsichtlich der §§. 178. 179. und 183. a. a. O., in so fern die dort erwähnten Vergehen nicht bei Gelegenheit eines Aufzuges stattgefunden haben. (ebendas. §. 2.) 86. — dagegen bleiben die übrigen in jenen Verordn. angeführten Straf-Bestimmungen des A. R. O. Thl. II.

Landrecht, (Fortf.)

Thl. II. Tit. 20. §§. 91—147 151—156, 163, 164, 165, 167—175, 185, 196—206, 212, 213, 323—482, 499—508, mit den sie ergänzenden oder abändernden Vorschriften, dort auch ferner in Kraft. (ebendas. §. 3.) 87.

Landrecht, Preussisches, von 1721., dessen Bestimmungen im Thl. II. Buch 4. Tit. 5. Art. 9. §§. 4. und 5., das Verhältniß des neuen Erwerbers eines mit Hypotheken belasteten Grundstücks zu den Realberechtigten betr., sind in denjenigen Landestheilen, wo jenes als Provinzialrecht gilt, durch das allgem. Landrecht für aufgehoben zu erachten. (Dekl. v. 11. Dezbr. 41.) 85.

Landchaftlicher Kreditverein des Großherzogthums Posen, nach der landchaftlichen Kredit-Ordnung für dasselbe vom 15. Dezbr. 1821., dessen Erweiterung durch den noch gestatteten Beitritt der zeitlich nicht beigetretenen oder wieder ausgeschiedenen Besitzer adeliger Güter, innerhalb fünf Jahren, mit $3\frac{1}{2}$ prozentigen Pfandbriefen. (B. v. 15. April 42.) 180—190. — mit dem Ablauf dieser fünf Jahre bleibt das Kreditssystem für alle Gutsbesitzer völlig und unabänderlich geschlossen. (ebendas. §. 16.) 187. — Verfahren bei Aufkündigung oder Ablösung der Pfandbriefe. (ebendas. §§. 13—16.) 183—186. — vierprozentige Pfandbriefe sollen von dem Kreditvereine ferner gar nicht mehr bewilligt werden. (ebendas. §. 15.) 186. — Plan zur fortlaufenden Tilgung der $3\frac{1}{2}$ prozentigen Pfandbriefe. (ebendas. §§. 10, 11. und 12.) 182, 183, 189.

Landstreicher, siehe Bagabunden.

Landtage, Provinzial-, Kommunal-, Verfahren bei der Wahl der Abgeordneten und deren Stellvertreter zu dens. (Reglement v. 22. Juni 42. §. 13.) 214.

Landtags-Abgeordnete und deren Stellvertreter, Verfahren bei deren Wahl. (Regl. v. 22. Juni 42.) 213.

Landtags-Marschall, als Mitglied und Vorsitzender des Ausschusses der Provinzial-Stände. (B. v. 21. Juni 42. §. 6.) 216, 219, 222, 225, 228, 231, 235, 239.

Landwehr, Stiftung einer Auszeichnung für pflichttreue Dienste in derselben. (A. R. O. und Bestimmungen v. 10. Jan. 42.) 89—91. — dieselbe besteht in einem kornblauen Bande mit eingewirktem Namenszuge Sr. Majestät des Königs (F. W. IV.), und wird in einer eisernen Einfassung auf der linken Brust getragen. (ebendas. §. 1.) 89. — sie ist für Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmänner gleich. (ebendas. §. 2.) 89. — die über den Verlust der übrigen Ehrenzeichen bestehenden gesetzlichen Vorschriften bei Vergehen finden auch auf diese Auszeichnung Anwendung. (ebendas. §. 11.) 91.

Lausitz, Ober-, Markgrasthum, siehe Schlesien.

Lehnsgüter, die Bestimmungen des §. 5. des Edikts v. 9. Oktbr. 1807., wegen gestatteter Vererbpachtung des Vorwerklandes oder einzelner Pertinenzen derselben ohne Zustimmung des Lehns-Obereigenthümers, der Lehns- oder Fideikommißfolger, werden bis auf weitere Verordnung suspendirt. (A. R. O. v. 28. Juli 42.) 242.

Lehnbesitzer und Lehnfolger, Sicherstellung deren Gerechtsame bei der gesetzmäßigen Verwendung von Abfindungs-Kapitalien, zufolge der §§. 10. und 62. der B. v. 30. Juni 1834. (Dekl. v. 30. Juli 42.) 246.

Lohnfuhr-Abgabe, die durch deren Aufhebung der Staatskasse vom 1. Jan. 1842. ab entgangene Einnahme von 60,000 Rthlr. soll auf den Steuer-Erlaß der zwei Millionen Thaler angerechnet werden. (A. R. O. v. 22. Novbr. 42.) 307.

Lübeck, freie und Hansestadt, Ausdehnung der Freizügigkeit mit ders. auf die nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Preussischen Provinzen. (Minist.-Erkl. v. 3. März 42.) 102.

Lumpenzucker, siehe Zucker.

Luftbarkeiten, öffentliche, (Redouten, Maskeraden etc.) in der Rheinprovinz, Untersuchung und Bestrafung der dabei vorkommenden Unordnungen nach den dort vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Luzemburg, Großherzogthum, tritt dem Zollsysteme Preußens und der mit diesem zu einem Zollvereine verbundenen Staaten bei. (Berrag v. 8. Febr. 42.) 92—101. — desgl. der allgemeinen Münz-Konvention vom 30. Juli 1838. mit den 14 Thaler- oder 24 Guldenfuß. (ebendas. Art. 11.) 97. — auch den Verabredungen wegen Herbeiführung eines gleichen Maß- und Gewichtssystems. (ebendas. Art. 11.) 97. — desgl. dem Zolltarif vom 11. Mai 1833. gegen den Schleichhandel und die Defraudationen der innern Verbrauchsabgaben. (ebendas. Art. 15.) 99. — desgl. der Übereinkunft wegen Besteuerung des Runkelrübenzuckers. (ebendas. Art. 9.) 96. — Sicherung des Grenzverkehrs mit dem dem Königreich Belgien verbliebenen Theile des Großherzogthums. (ebendas. Art. 22.) 100.

M.

Majestät, des Staats-Oberhauptes, Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen dieselbe in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 1. und 3.) 86, 87. — Ausschließung des öffentlichen Verfahrens in dergl. Untersuchungen. (ebendas. §. 4.) 87.

Maskeraden, siehe Luftbarkeiten.

Maß-

Maßsystem, gleiches, den Verabredungen unter den Zollvereinten Staaten wegen Herbeiführung desselben tritt das Großherzogthum Luxemburg bei. (Vertrag v. 8. Febr. 42. Art. 11.) 97.

Medizinal-Kollegien, Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln bei dens. (A. R. O. und Verordn. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309.

Meilenzeiger, Untersuchung u. Bestrafung deren Beschädig. in der Rheinprov. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Meßen, Übereinkunft mit Braunschweig wegen des gegenseitigen Verfahrens in Beziehung auf die dort bestehende Markt-, Gerichts- und Wechsel-Ordin. (Minist.-Erkl. v. 4. Dezbr. und deren Bekanntmachung v. 23. Dezbr. 41.) 8. 13. f.

Messgebühren, (Messunkosten), wegen ders. ist das Nöthige in den Messordnungen enthalten. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294.

Militaireffekten, deren Beförderung auf den Eisenbahnen von Magdeburg über Braunschweig und Hannover nach Minden und Befreiung ders. von Durchgangs-Abgaben. (Staatsvertrag v. 10. April 41. Art. 8.) 48. 49.

Militairpersonen, ausgeschiedene, Verwirkung der Unteroffizier-Charge seitens ders.; siehe diese.

Militair-Strassen, siehe Durchmarsch- und Etappen-Konvention.

Minister des Innern, derselbe entscheidet in der Rekurs-Instanz über Preßvergehen bei Werken über 20 Druckbogen stark. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250.

Ministerium des Königl. Hauses, die Leitung der Verwaltung der Domainen und Forsten in demselben wird dem Staatsminister, Grafen zu Stolberg-Wernigerode in gleicher Weise übertragen, wie solche dem in Ruhestand versetzten Staatsminister von Ladenberg anvertraut gewesen. (A. R. O. v. 14. Novbr. 42.) 313.

Moselschiffahrts-Abgaben, (Rekognitionsgeld, Moselschiffzoll), deren Erhebung nach den unter den Zollvereinststaaten getroffenen Vereinbarungen. (A. R. O. und Tarif v. 31. Dezbr. 41.) 18. 25. f.

Münz-Konvention, allgemeine, unter den Zollvereinten Staaten, v. 30. Juli 1838. — derselben tritt das Großherzogthum Luxemburg mit dem 14 Thaler oder 24 Guldenfuß bei. (Vertrag v. 8. Febr. 42. Art. 11.) 97.

Münzverbrechen, die Strafgesetze des allgem. Landrechts hinsichtlich ders., sollen in Folge der A. R. O. v. 18. April 1835. auch ferner in der Rheinprov., in dem Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Edln, unverändert zur Anwendung kommen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 1.) 86.

N.

Nachdruck, zwanzigjähriger Schutz gegen denselben für die schriftstellerischen Werke von Johann Gottfried von Herder in sämtlichen deutschen Bundesstaaten. (Bundesbeschluß v. 28. Juli u. Publikations-Patent für sämtliche Preuß. Staaten v. 20. Sept. 42.) 299.

National-Kofarde, deren Verlust hat bei ausgeschiedenen Militairpersonen auch den Verlust der Unteroffizier-Charge und aller damit verbundenen Auszeichnungen und Vorrechte zur Folge. (A. R. O. v. 23. April 42.) 191.

Netto-Gewicht, dessen Feststellung bei zollpflichtigen Waaren. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294—296.

Neu- und Kurlmärkische Zinskoupons und Zins-scheine, siehe Kur- u. Neumärkische.

Neustadt, im Kreise Gummersbach, tritt vom Stande der Landgemeinden in den Stand der Städte, Abgeordneten dem betreffenden städtischen Kollektiv-Verbande einverleibt. (B. v. 15. Jan. 42.) 44.

Nichtigkeitsbeschwerde, Rechtsmittel, Zulässigkeit ders. gegen Erkenntnisse zweiter Instanz über Bagatellobjekte, in Anwendung der Deklar. v. 6. Apr. 1839. (A. R. O. v. 22. Dezbr. 41.) 16.

Nutzungen, landes- und grundherrliche, Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zur Führung der Untersuchungen und zur Abfassung der Erkenntnisse wegen Defraudationen ders. (A. R. O. v. 29. Apr. 42.) 116.

Obergerichte, Abfassung der Erkenntnisse durch dieselben wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, sowie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze, wenn von dem General-Postamte, den Regierungen oder von den Provinz-Steuer-Direktionen bereits Strafresolute abgefaßt und auf den Rechtsweg provoziert worden. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Oberlast-Verbote, auf der Rheinschiffahrt, siehe Rheinschiffahrts-Akte.

Ober-Laufis, Markgrasthum, siehe Schlesien.

Ober-Präsidenten (Ober-Präsidenten), Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln bei dens. (A. R. O. u. B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309. — entscheiden über Preßvergehen bei Werken über 20 Druckbogen stark, unter Vorbehalt des Rekurses an den Minister des Innern, innerhalb 10 Tagen. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250.

Ober-Prokuratoren, in der Rheinprov., haben von den Erkenntnissen erster Instanz gegen Beamte wegen Dienstvergehen dem betreffenden Departements-Chef, behufs des Aggravationsrechtsmittels, Abschrift einzureichen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 5.) 87.

Obligationen über provinz. Staatsschulden, s. letztere.

Observanzen, dieselben werden, in sofern sie den Vorschriften des Reglements über das Verfahren bei den ständischen Wahlen entgegenstehen, aufgehoben. (Regl. v. 22. Juni 42. §. 14.) 214. — s. auch Domkapitel.

Öffentlichkeit, deren Ausschließung im gerichtlichen Verfahren in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln, wegen Staatsverbrechen u. Dienstvergehen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 4.) 87.

Orden pour le mérite, von Friedrich dem Großen besonders für das im Kampfe gegen den Feind errungene Verdienst bestimmt, demselben wird eine Friedensklasse für die Verdienste um die Wissenschaften und die Künste hinzugefügt. (Stiftungs-Urkunde vom 31. Mai 42.) 195.

Ordnung und Ruhe, öffentliche, die zur Aufrechterhaltung ders. erlassenen Verordnungen v. 25. Apr. u. 17. Aug. 1835. u. 30. Septbr. 1836. sollen in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln, auch ferner unverändert zur Anwendung kommen. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. — s. auch Aufläufe.

Österreich, Kaiserstaat, Übereinkunft mit dems. zur Verhütung von Forst-, Jagd-, Fisch- und Feldfreveln an den gegenseitigen Landesgrenzen. (Minist. Erl. v. 21. März u. Bekanntmach. v. 19. Apr. 42.) 112.

Patrimonialgerichte, Anordnungen für die sichere Unterbringung deren Depositorien und Gefangenen, wo der Neubau von gewölbten Depositärgelassen und von Civil- und Kriminalgefängnissen unterbleiben kann. (A. K. O. v. 16. Septbr. 42.) 249.

Pfandbriefe, des landschaftlichen Kreditvereins des Großherzogthums Posen, deren Ausfertigung zu 3½ Prozent für die demselben innerhalb 5 Jahren noch beitretenen Besitzer adeliger Güter. (B. v. 15. Apr. 42.) 180—190. — vierprozentige sollen von dem vorgedachten Kreditvereine gar nicht mehr bewilligt werden. (ebendas. §. 15.) 186. — Verfahren bei Aufkündigung od. Ablös. ders. (ebendas. §§. 13—16.) 183—186.

Pfandschaften, im Herzogthume Berg und der Herrschaft Broich vor dem Jahre 1810 entstanden, deren Ein- oder Ablösung innerhalb 5 Jahren. (B. v. 16. Jan. 42.) 75.

Pfarrer, katholische, in der bischöflichen Diözese Culm, bei Auseinandersetzungen zwischen denselben und deren Nachfolgern oder den Erben verstorbener katholischer Pfarrer, über die Nutzungen des Pfarrbenefiziums sollen die Vorschriften des A. L. R. Thl. II. Tit. 11. §§. 823. ff. überall zur Richtschnur dienen. (B. v. 3. Juni 42.) 208.

Pflastergelder, in den Zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Pfunde, siehe Zoll-Pfunde.

Polizeiliche Verfügungen, jeder Art, Beschwerden über solche, sie mögen die Gesetzmäßigkeit, Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit derselben betreffen, gehören vor die vorgesezte Dienstbehörde. (G. v. 11. Mai 42.) 192—194. — der Rechtsweg in Beziehung auf solche ist nur dann zulässig, wenn die Verletzung eines zum Privateigenthume gehörenden Rechts behauptet wird. (ebendas.) 192. f. — desgl. über die zu leistende Entschädigung für Eingriffe in Privatrechte durch solche. (ebendas. §. 4.) 193. — die Vorschriften der Verord. vom 26. Dezbr. 1808. §§. 38. bis 40. werden hiernach aufgehoben. (ebendas. §. 7.) 194.

Polizei-Ordnung für die Häfen zu Colbergmünde, Stolpmünde und Rügenwaldermünde (v. 29. Apr. 42.) 203—207.

Polizei-Verordnungen, landesherrliche, Untersuchung und Bestrafung deren verhinderter Publikation in der Rheinprovinz, nach den vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. dort in Kraft gewesenem Gesetze. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Pommern, Provinz (Herzogthum und Fürstenthum Rügen), Bildung eines Ausschusses der Provinzial-Stände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 221—223. — Vertretungen im Stande der Ritterschaft, in näherer Bestimmung des §. 5. lit. d. der Kreisordnung v. 17. Aug. 1825. (B. v. 13. Dezbr. 41.) 15.

Portofreiheit, in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten der Provinz Schlesien. (Feuer-Soziet. Reglements vom 6. Mai 42.) 118. 145.

Posen, Provinz, (Großherzogthum), Bildung eines Ausschusses der Provinzial-Stände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 227—229. — Erweiterung des landschaftlichen Kreditvereins für dieselbe, nach der landschaftlichen Kredit-Ordnung für dieselbe v. 15. Dezbr. 1821., durch den noch gestatteten Beitritt der zeither dems. nicht beigetretenen oder aus dems. wieder ausgeschiedenen Besitzer adeliger Güter, innerhalb fünf Jahren, mit 3½prozentigen Pfandbriefen. (B. v. 15. Apr. 42.) 180—190. — mit dem Ablaufe dieser fünf Jahre bleibt das Kreditsystem für alle Gutsbesitzer völlig und unabänderlich geschlossen. (ebendas. §. 16.) 187. — Verfahren bei Aufkündigung oder Ablösung der Pfandbriefe. (ebendas. §§. 13—16.) 183—186. — vierprozentige Pfandbriefe sollen von dem Kreditvereine ferner gar nicht mehr bewilligt werden. (ebendas. §. 15.) 186. — Plan zur fortlaufenden Tilgung der 3½prozentigen Pfandbriefe. (ebendas. §§. 10—12.) 182. 183. 189.

Postdefraudationen, rücksichtlich der von dem General-Postamt wegen ders. abgefaßten Strafresolute können, im Falle der Provokation auf den Rechtsweg, nur die Obergerichte die Erkenntnisse abfassen. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Postsendungen, mit den Eisenbahnen von Magdeburg über Braunschweig und Hannover nach Minden, Abkommen darüber mit Braunschweig u. Hannover. (Staatsverträge vom 10. April 41. Art. 7. u. 9.) 49. 54.

Präklusiv-Frist, sechsmonatliche, zur Einlösung der älteren Kur- und Neumärkischen Zinskoupons und Zinscheine aus der Zeit vor dem 1. Jan. 1822. (A. R. O. v. 5. Jan. 42.) 32. — fünfjährige, für die Ein- oder Ablösung der im Herzogthum Berg und der Herrschaft Droich vor dem Jahre 1810. entstandenen Pfandschaften. (B. v. 16. Jan. 42.) 75.

Prämien, s. Feuerlöschungsprämien und Brandstifter.

Presvergehen, die bisherigen Strafgesetze gegen dieselben, und namentlich die Bestimmungen im Art. XVI. Nr. 2. u. 3. des Censur-Edikts v. 18. Oktbr. 1819. bleiben auch in Beziehung auf diejenigen Bücher in Kraft, welche fortan von der Censur befreit sind. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250. — Straf- u. Rekurs-Verfahren rücksichtlich ders. (ebendas.) 250.

Preußen, Provinz, (Königreich), Bildung eines Ausschusses der Provinzial-Stände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 215—217. — Befugnisse deren Kreisstände, Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingesessenen dadurch zu verpflichten. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — Versagung und Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte für bescholtene Personen in ders., in Erläuterung und Modifizierung der Deff. v. 6. April 1823. und der Zusammenstellung der Ergänzungen zur älteren Städteordn., v. 7. Juli 1832. (B. v. 18. Dezbr. 41.) 30.

Prinzessin-Steuern, herkömmliche, wird den Unterthanen bei Vermählung der Prinzessin Marie, Königl. Hoheit, erlassen. (A. R. O. v. 11. Mai 42.) 178.

Privatrechte, Gestattung des Rechtsweges über Eingriffe in dieselben durch polizeiliche Verfügungen und über die dafür zu leistende Entschädigung. (S. v. 11. Mai 42. §. 4.) 193.

Provinzial-Behörden, (Polizei- und Finanzbehörden.) — Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Porteln bei dens. (A. R. O. u. B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309. — die in der Verordn. über deren verbesserte Einrichtung v. 26. Dezbr. 1808. §§. 38—40. enthaltenen Bestimmungen, betr. die Ausführung polizeilicher Verfügungen und die Gestattung des Rechtsweges gegen solche, werden aufgehoben. (S. v. 11. Mai 42. §. 7.) 194. — s. ferner Oberpräsidenten, Regierungen u.

Provinzial-Schulden, vom Staate übernommen, siehe Staatsschulden.

Provinzial-Stände, siehe leh.

Provinzial-Steuerdirektionen, siehe leh.

Prozessordnung, s. Gerichtsordn., allgemeine, I. Thl.

Q.

Queruliren, hartnäckiges, Untersuchung und Bestrafung dessen heimlicher Begünstigung in der Rheinprovinz, nach den vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 1821. dort in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

R.

Rechtspflege, siehe Gerichtsbarkeitsverhältnisse.

Rechtsverfahren, (gerichtliches Verfahren, Rechtsweg) — in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen, wenn die Verletzung eines zum Privateigenthum gehörigen Rechts behauptet wird. (S. v. 11. Mai 42.) 192. — desgl. über die zu leistende Entschädigung für Eingriffe in Privatrechte durch solche Verfügungen. (ebendas. §. 4.) 192. — die Vorschriften der B. v. 26. Dezbr. 1808. §§. 38—40. werden hier nach aufgehoben. (ebendas. §. 7.) 194. — Provokation auf dasselbe gegen Strafresolute des General-Postamts, der Regierungen und der Provinzial-Steuer-Direktionen, und Abfassung der Erkenntnisse durch die Obergerichte. (A. R. O. v. 29. April 1842.) 116. — in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten der Provinz Schlesien. (Feuer-Sozietäts-Reglem. v. 6. Mai 42.) 140. 161. f. — findet gegen die angeordnete Feststellung des Preises durch Sachverständige für eine übernommene Apotheke nicht statt. (A. R. O. v. 8. März 1842.) 112. — Rheinisches, Ausschließung der Öffentlichkeit in dems. bei den Verhandlungen über Staatsverbrechen und Dienstvergehen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 4.) 87.

Redouten, siehe Lustbarkeiten.

Regierungen, Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Porteln bei dens. (A. R. O. und B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309. — wenn gegen deren Strafresolute über Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze, auf den Rechtsweg provozirt wird, so steht nur den Obergerichten die Abfassung des Erkenntnisses zu. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116. — ertheilen die Erlaubniß zur Errichtung von Wasser-Heilanstalten. (A. R. O. v. 21. Juli nebst Reglem. v. 15. Juni 42.) 243. — in der Provinz Preußen, bestätigen die Beschlüsse der Kreisstände über Bestreitung von Ausgaben durch

Regierungen, (Fortf.)

Beiträge ic. der Kreiseingekessenen. (B. v. 22. Juni 42.) 211. — desgl. in der Provinz Schlesien. (B. v. 7. Jan. 42.) 33. — ertheilen die Genehmigung zu den Dispositionen der Kreisstände über die Nutzungen und Ersparnisse der Kreis-Kommunalfonds. (ebendas.) 33. 211. — s. auch Provinzialbehörden.

Reisekosten, deren Vergütung mit 15 Sgr. pro Meile in Königl. Dienstangelegenheiten für diejenigen Beamten, welche nicht zum Reisen mit Extrapost berechtigt sind, und Abänderung des §. 12. der B. v. 28. Juni 1825. darnach. (A. R. O. v. 30. Juli 42.) 247.

Rekognitionsgeld, Rekognitionsgeld, siehe Schiffsfahrtsabgaben.

Rekursverfahren in Strafsachen wegen Preßvergehen bei Werken über 20 Druckbogen stark. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250. — in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten der Provinz Schlesien. (Feuer-Sozietäts-Reglements v. 6. Mai 1842.) 140. 164. f. — siehe auch Rechtsverfahren.

Reuß-Plauen, jüngerer Linie, Fürstenthum, (Reuß-Schleiz, Reuß-Robenstein und Ebersdorf, einschließlich der gemeinschaftlichen Herrschaft Gera). — Übereinkunft mit demselben wegen gegenseitigen Schutzes beiderseitiger Unterthanen gegen den fälschlichen Gebrauch gewerblicher Waarenbezeichnungen, nach den Anordnungen des diesseitigen Gesetzes v. 4. Juli 1840. (Minist.-Erkl. v. 5. Oktbr. und Bekanntmachung v. 8. Novbr. 42.) 311.

Rezeß, im Ressort der General-Kommissionen, s. fest.

Rheinprovinz, Bildung eines Ausschusses der Provinzial-Stände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 238—241. — im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln, Abänderung der Vorschriften der A. R. O. v. 6. März 1821. und vom 2. August 1834. über die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen und Vergehen gegen den Staat und dessen Oberhaupt und der Dienstvergehen der Beamten. (B. v. 18. Febr. 42.) 86—88. — es kommen darin auch ferner unverändert zur Anwendung die A. R. O. v. 18. April 1835, die Bestrafung der Mänverbrechen nach den Bestimmungen des A. L. R. betr. — die A. R. O. v. 25. April 1835, betr. die Bestellung des Kammergerichts zum ausschließlichen Gerichtshofe der Monarchie wegen Verbrechen wider die Verfassung, öffentliche Ruhe ic. — und die B. v. 17. August 1835. und 30. Septbr. 1836, betr. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und das Untersuchungsverfahren wegen Aufruhr und Tumults. (B. v. 18. Febr. 42. §. 1.) 86. — Führung der durch die in ders. beibehaltenen Bestimmungen des A. L. R. Tit. 20.

Rheinprovinz, (Fortf.)

Zhl. II. begründeten Untersuchungen nach den in der Rheinischen Strafprozeßordnung für zuchtpolizeiliche Vergehen gegebenen Vorschriften. (ebendas. §§. 3. u. 7.) 87. 88. — Ausschließung der Öffentlichkeit im gerichtlichen Verfahren wegen Verbrechen der beleidigten Majestät. (§§. 196—206. Tit. 20. Zhl. II. d. A. L. R.) und wegen Dienstvergehen der Beamten. (ebendas. §. 4.) 87. — Bestimmung der Termine zur Zahlung der Kaufgelder im Subhastationsverfahren. (A. R. O. v. 11. Dezbr. 41.) 15. — siehe auch Straf-Prozeßordnung, Rheinische.

Rheinschiffahrts-Abgaben (Rekognitionsgeld, Rheinzoll), deren Erhebung nach den unter den Zollvereinsstaaten getroffenen Vereinbarungen. (A. R. O. und Tarif v. 31. Dezbr. 41.) 18—26.

Rheinschiffahrts-Akte, vom 31. März 1831, Abänderung des Art. 90. ders. in Beziehung auf die jährliche Abordnung von Bevollmächtigten der Rheinuferstaaten zur Central-Kommission in Mainz, durch den Supplementar-Art. XIV., laut Protokolls vom 21. Septbr. 1840. (Genehm. Art. v. 8. Oktbr. 1841.) 29. — Supplementar-Art. XV., laut Protokolls v. 21. Septbr. 1840, die Festsetzung der Ausnahmen von dem Oberlast-Verbote durch die Central-Kommission betr. (Genehm. Art. v. 8. Oktbr. 41.) 29.

Richter, deren Zahl in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes in Köln, bei Abfassung der Erkenntnisse erster und zweiter Instanz über ein nach den Bestimmungen des A. L. R. zu beurtheilendes Verbrechen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 6.) 87.

Ritterschaft, der Provinz Pommern, Vertretung einzelner Mitglieder ders. auf den Kreistagen, nach §. 5. lit. d. der Kreisordnung v. 17. August 1825. (B. v. 13. Dezbr. 41.) 15.

Rügenwaldermünde, Polizeiordnung für den dortigen Hafen. (v. 29. April 42.) 203—207.

Ruhestörungen, öffentliche und nächtliche, (Schwärmereien, Beunruhigungen der Einwohner eines Orts) deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz, nach den dort vor Publikation der Verord. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86. — siehe auch Aufläufe.

Runkelrübenzucker, Übereinkunft unter den zollvereinten Staaten wegen dessen Besteuerung, v. 8. Mai 1841., — derselben tritt das Großherzogthum Luxemburg bei. (Vertrag v. 8. Febr. 42. Art. 9.) 96.

S.

Sachsen, Provinz, Bildung eines Ausschusses der Provinzialstände derselben. (B. v. 21. Juni 42.) 230—232.

Sachsen-

Sachsen-Koburg-Gotha, Herzogthum, anderweite Durchmarsch- und Etappen-Konvention mit demselben auf zehn Jahre. (Minist. Erfl. v. 10. Jan. und Bekanntmachung v. 27. Jan. 42.) 35—43.

Salz, Herabsetzung des Verkaufspreises von 15 Rthlr. auf 12 Rthlr. für die Tonne, in den Salzniederlagen der Monarchie. (A. R. O. u. B. v. 22. Novbr. 1842.) 307. 308. 310. — bei den schon ermäßigten Preisen für das Salz zur Viehfütterung und zum Gebrauche bei einigen inländischen Gewerben behält es sein Bewenden. (ebendas.) 310. — Erhöhung der Preise für dasselbe in den zum Thüringschen Zoll- und Handelsvereine gehörigen Kreisen Schleusingen und Ziegenrück. (A. R. O. v. 4. Jan. 42.) 31. — dessen Debit in und nach den zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Schadensersatz (Entschädigung), Anwendung der in den §§. 51. und 55. Tit. 6. Thl. I. und in der sich darauf beziehenden Deklaration v. 31. März 1838. für dessen Forderung bestimmten Verjährungsfrist, mit Aufhebung der denselben entgegenstehenden provinzialen und statutarischen Bestimmungen. (B. v. 15. April 42.) 114. — für Eingriffe in Privatrechte durch polizeiliche Verfügungen. (B. v. 11. Mai 42. §. 4.) 193.

Schandschriften, Untersuchung und Bestrafung deren Verkaufs und Verbreitung in der Rheinproviz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Schiffahrts-Abgaben, bei dem Transport von Waaren auf der Elbe, der Weser, dem Rhein und dessen Nebenflüssen (Mosel, Main und Neckar), hinsichtlich ders. bewendet es im Allgemeinen bei den in der Wiener Kongress-Akte enthaltenen Bestimmungen, oder den, auf den Grund ders., über die Schiffahrt auf einzelnen dieser Ströme bereits abgeschlossenen Übereinkünften. (Zolltarif für die Jahre 1843, 1844. und 1845. v. 18. Oktbr. 42.) 294. — deren Erhebung am Rhein und an der Mosel, nach den unter den Zollvereinsstaaten getroffenen Vereinbarungen. (A. R. O. nebst Tarif v. 31. Dezbr. 41.) 18—26. — siehe auch Zollvereinsverträge.

Schleichhandel, siehe Zollkartel.

Schlesien, Herzogthum, nebst der Grafschaft Glatz und dem Preussischen Marktgrasthum Oberlausitz, — Bildung eines Ausschusses der Provinzialstände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 224—226. — Befugnisse der Kreisstände in ders., Ausgaben zu beschließen und die Kreiseingesessenen dadurch zu verpflichten. (B. v. 7. Jan. 42.) 33. — Feuer-Soziet.-Reglem. für die Städte ders., mit Ausschluss der Stadt Breslau. (v. 6. Mai 42.) 144—169. — Auf-

Schlesien, (Fortf.)

lösung der für dieselben bisher bestandenen Feuer-Sozietäten und Ausführung des vorgedachten neuen Reglements. (B. v. 6. Mai 42.) 175—178. — Feuer-Sozietäts-Reglement für das gesammte platte Land ders., mit Einschluss der im Sorauer Kreise belegenen Dörfer Haasel und Zilmäsdorf. (v. 6. Mai 42.) 117—144. — Auflösung der für dasselbe bisher bestandenen Feuer-Sozietäten und Ausführung des vorgedachten neuen Reglements. (B. v. 6. Mai 42.) 170—174. — s. auch Breslau, Stadt.

Schleusingen, Kreis, zum Thüringschen Zoll- und Handelsvereine gehörig, Erhöhung der Salzpreise in dems. (A. R. O. v. 4. Jan. 42.) 31.

Schlösser, Königl., zur Residenz des Landesherrn bestimmt, Untersuchung u. Bestrafung der darin verübten gemeinen Verbrechen in der Rheinproviz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Schriften, siehe Druckschriften.

Schulden, provinzielle, vom Staate übernommen, siehe Staatsschulden.

Schulkollegien, Provinzial, Aufhebung der Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln bei dems. (A. R. O. und B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309.

Selbsthülfe, unerlaubte, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinproviz, nach den vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 1821. dort in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Sicherheit, depostalmäßige, siehe letztere.

Silbermünzen, der sämtlichen Zollvereinsstaaten, deren Annahme, mit Ausnahme der Scheidemünze, bei den Zollgefällen. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 298. — siehe auch Münz-Konvention, allgemeine.

Spiellkarten, Verbot der Einfuhr etc. in die zollvereinten Staaten, siehe Zollvereinsverträge.

Sportelfreiheit, (Gebühren-Freiheit), für Publikation und abschriftliche Mittheilung der seit länger als 56 Jahren deponirten Testamente, in Beziehung auf Vermächtnisse für milde Stiftungen. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 201. — in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten der Provinz Schlesien. (Feuer-Soziet.-Reglements v. 6. Mai 42.) 118. 145.

Sporteltagordnung, für die Provinzial-Verwaltungs-Behörden, v. 25. April 1825., die nach §§. 6. bis 13. ders. zu entrichtenden Ausfertigungs- und Verhandlungs-Sporteln sollen vom 1. Jan. 43. ab nicht weiter erhoben werden. (A. R. O. u. B. v. 22. Novbr. 42.) 307. 309.

Staatsdiener, (Staatsbeamte), siehe Beamte.

Staatshaushalt, rücksichtlich desselben wird nach wie vor von sämtlichen Departementschefs eine strenge Spar-

Staatshaushalt, (Fortf.)

Sparbarkeit in allen Verwaltungszweigen erwartet. (A. R. O. v. 22. Novbr. 42.) 308.

Staatsschulden, provinzielle, vom Staate übernommen, Annahme der Obligationen über dieselben als depositalmäßige Sicherheit. (A. R. O. v. 16. Septbr. 42.) 249. — Hauptverwaltung ders., siehe letztere.

Staatsschuldsscheine, deren Konvertirung von 4 auf 3½ Prozent Verzinsung. (A. R. O. v. 27. März 42.) 105. — Prämien-Bewilligung bei ders. (ebendasselbst §. 3.) 106. — konvertirte, sollen innerhalb der ersten vier Jahre nicht verlost, vielmehr der Bedarf für den Staatsschulden Tilgungsfonds durch Ankauf beschafft werden. (ebendaf. §. 4.) 106.

Staatsverbrechen, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86—88.

Stadtämter, Ausschließung bescholtener Personen von der Stimmfähigkeit und Wählbarkeit für solche. (B. für die Prov. Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 30. — desgl. in der Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

Städte, zu ständischen Kollektiv-Stimmen berechtigt, Verfahren bei der Wahl der ständischen Abgeordneten und deren Stellvertreter für dies, so wie bei den Wahlen der Ortswähler in dens. (Reglement v. 22. Juni 42. §. 13.) 214.

Städte-Ordnung, ältere, vom 19. Novbr. 1808, näher Bestimmungen über die bürgerl. Rechte bescholtener Personen nach ders., der Dekl. v. 6. April 1823. und der Zusammenstellung der Ergänzungen v. 17. Juli 1832, in der Provinz Preußen. (B. v. 18. Dezbr. 41.) 30. f. — desgl. in der Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115.

Städte-Ordnung, revidirte, vom 17. März 1831, deren Verleihung an die Stadt Erin, im Großherzogthum Posen. (A. R. O. v. 29. April 42.) 192.

Stadtverordneten-Versammlung, kann bescholtene Personen das Bürgerrecht versagen und entziehen, auch bei der Verrückung dieser dasselbe dens. wieder ertheilen lassen. (B. für die Provinz Preußen v. 18. Dezbr. 41.) 31. — desgl. für die Stadt Breslau. (A. R. O. v. 23. April 42.) 115. — ist befugt, auf Personen jener Art die Bestimmungen der §§. 202—204. der St. O. v. 19. Nov. 1808. in Beziehung auf stärkere Konkurrenz ders. zu den Gemeinlasten anzuwenden. (ebendaf.) 31. 115.

Stände, Kreis, siehe Kreisstände.

Stände, Provinzial, Bildung von Ausschüssen aus denselben, um solche in der Zwischenzeit von einem

Stände, (Fortf.)

Landtage zum andern in geeigneten Fällen zu berufen und sich in wichtigen Landes-Angelegenheiten ihres Rathes zu bedienen. (Verordnungen v. 21. Juni 42. §§. 1. u. 4.) 215. 216. 218. 221. 224. 227. 230. 233. 238. — durch dieselben erleidet die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Provinzial-Stände keine Beeinträchtigung. (ebendaf. §. 2.) 215. u. f. — Eintritt und Dauer der Wirksamkeit dieser Ausschüsse. (ebendaf. §§. 3. 4. u. 8.) 215. 216. 217. 218. 220. 221. 223. 224. 226. 227. 228. 230. 232. 233. 236. 238. 240. — Zahl deren Mitglieder und Vorsitzender des Ausschusses der Landtags-Marschall. (ebendaf. §§. 5. u. 6.) 216. 219. 222. 225. 228. 231. 234. 235. 239. — Verfahren bei der Wahl deren Mitglieder und Allerhöchste Bestätigung ders. (ebendaf. §. 7.) 216. 219. 222. 225. 228. 231. 236. 240. — Wahrnehmung der außer dem Landtage vorkommenden Geschäfte ständischer Verwaltung durch dieselben. (ebendaf. §. 9.) 217. 220. 223. 226. 229. 232. 236. 240. — Ausbringung der Kosten für dieselben in ders. Art, wie die allgemeinen Landtagskosten. (ebendaf. §. 10.) 217. 220. 223. 226. 229. 232. 237. 241. — Bildung eines solchen ständischen Ausschusses in dem Königreiche Preußen. (B. v. 21. Juni 42.) 215—217. — desgl. in der Kur- u. Neumark Brandenburg und dem Markgrathum Niederlausitz. (B. v. 21. Juni 42.) 218—220. — desgl. in der Provinz Pommern. (B. v. 21. Juni 42.) 221—223. — desgl. in dem Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und dem Preussischen Markgrathum Oberlausitz. (B. v. 21. Juni 42.) 224—226. — desgl. in der Provinz Posen. (B. v. 21. Juni 42.) 227—229. — desgl. in der Provinz Sachsen. (B. v. 21. Juni 42.) 230—232. — desgl. in der Provinz Westphalen. (B. v. 21. Juni 42.) 233—237. — desgl. in der Rheinprovinz. (B. v. 21. Juni 42.) 238—241. — in der Rheinprovinz, dem nach der Verordn. v. 13. Juli 1827. bestehenden Kollektivverbande der Städte Deutz, Mühlheim am Rhein, Gladbach &c. wird der zeither im Stände der Landgemeinden vertretene Ort Neustadt, im Gummersbacher Kreise, einverleibt. (B. v. 15. Jan. 42.) 44.

Ständische Wahlen, Verfahren bei dens. (Reglement v. 22. Juni 42.) 213. — in Beziehung auf zehnjährigen Grundbesitz. (ebendaf. §. 12.) 214. — desgl. bei den Wahlen der Mitglieder der Ausschüsse der Provinzialstände u. Allerhöchste Bestätigung ders. (Verordnungen v. 21. Juni 42. §. 7.) 216. 219. 222. 225. 228. 231. 236. 240.

Statuen, öffentliche, siehe Denkmäler.

Stempelfreiheit, in Feuer-Sozietäts-Angelegenheiten der

Stempelfreiheit, (Fortf.)

der Provinz Schlessen. (Feuer-Soziet. Reglements v. 6 Mai 42.) 118. 145. — für Publikation und abschriftliche Mittheilung der seit länger als 56 Jahren deponirten Testamente, in Beziehung auf Vermächtnisse für milde Stiftungen. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 201.

Steneramtliches Verfahren hinsichtlich der auf den Eisenbahnen von Magdeburg über Braunschweig und Hannover nach Minden ein- und ausgehenden Waaren und Effekten. (Staatsverträge v. 10. April 41. Art. 7. 5. u. 14.) 48. 54. 56.

Steuer-Defraudationen, deren Untersuchung und Bestrafung durch die Untergerichte, in Erweiterung der Kompetenz der letztern. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Steuer-Direktionen, Provinzial, wenn gegen deren Strafresolute wegen Defraudationen auf den Rechtsweg provoziert wird, so steht nur den Obergerichten die Abfassung des Erkenntnisses zu. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Steuer-Erlaß, von zwei Millionen Thalern, dessen Gewährung durch die Aufhebung der Abgaben von Miethskutschern und Lohnführern, desgl. der Ausfertigungs- und Verhandlungsportellen bei den Provinzial-Verwaltungsbehörden und durch Herabsetzung des Salzpreises. (A. R. O. v. 22. Novbr. 42.) 307.

Stiftungen, milde; Publikation und abschriftliche Mittheilung der seit länger als 56 Jahren deponirten Testamente in Beziehung auf Vermächtnisse für dieselben. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 201.

Strimfähigkeit, siehe Bürgerrecht.

Stolpmünde, Polizei-Ordnung für den dortigen Hafen. (v. 29. April 42.) 203. — 207.

Estrafen, der Degradation, deren Ausführung gegen Beamte im unmittelbaren Staatsdienste. (A. R. O. v. 31. März 42.) 179. — für Staatsverbrechen und Dienstvergehen in der Rheinprovinz, im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86. f. — für gemeine Verbrechen, deren Verschärfung auch in der Rheinprovinz, wenn damit zugleich eine Verletzung der dem Staate schuldigen Ehrfurcht verbunden war. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87. — für Preßvergehen bei Werken über 20 Druckbogen stark. (A. R. O. v. 4. Oktbr. 42.) 250. — für den vorschriftswidrigen Betrieb der Wasser-Heilanstalten. (A. R. O. v. 21. Juli, nebst Reglement v. 15. Juni 42. §§. 6—9.) 244. — für unterlassene oder unrichtige Angaben bei dem inländischen Tabacksbau. (A. R. O. v. 30. Juli 42.) 245. — siehe auch Geldstrafen. Gefängnißstrafen.

Estrafgerichtsbarkeit, f. Gerichtsbarkeitsverhältnisse.

Jahrgang 1842.

Estraf-Prozeß-Ordnung, Rheinische, Führung der durch die Bestimmungen des A. L. R. Tit. 20. Thl. II. begründeten Untersuchungen nach den in ders. für zuchtpolizeiliche Vergehen gegebenen Vorschriften. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 3. u. 7.) 87. 88.

Estrafresolute, des General-Postamts, der Regierungen und der Provinzial-Steuer-Direktionen, wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, so wie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze, hinsichtlich ders. verbleibt im Falle der Provokation auf den Rechtsweg die Abfassung der Erkenntnisse, wie bisher, den Obergerichten. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.

Subhastations-Verfahren, in der Rheinprovinz, Bestimmung der Termine zur Zahlung der Kaufgelder in dens. (A. R. O. v. 11. Dezbr. 41.) 15.

T.

Tabacksbau, inländischer, Bestrafung wegen unterlassener oder unrichtiger Angaben im Betriebe desselben, hinsichtlich der davon zu entrichtenden Steuer, unter Abänderung der in der A. R. O. v. 29. März 42. Nr. 7. ertheilten Vorschrift. (A. R. O. v. 30. Juli 42.) 245.

Tara, deren Feststellung bei dem Gewichte zollpflichtiger Waaren. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 291—296.

Testamente, seit länger als 56 Jahren deponirt, deren Kosten und stempelfreie Publikation und abschriftliche Mittheilung in Beziehung auf Vermächtnisse für milde Stiftungen, in Ergänzung der Vorschriften des A. L. R. Thl. I. Tit. 12. §§. 218. 219. ff. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 201.

U.

Umzugstermin des Landgesindes, siehe Letzt.

Universitäten, zu Zürich und Bern, können von denselben Unterthanen auf spezielle Genehmigung des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten wieder besucht werden. (A. R. O. v. 3. Jan. 42.) 77.

Unordnungen, bei öffentlichen Lustbarkeiten in der Rheinprovinz, deren Untersuchung und Bestrafung nach den dort vor der Publikation der Verordnung v. 6. März 21. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Untergerichte, Erweiterung deren Kompetenz zur Führung der Untersuchungen und zur Abfassung der Erkenntnisse wegen Defraudationen landes- und grundherrlicher Nutzungen, sowie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116. — hiernach wird der §. 250. des Anhangs zur allgem. Gerichtsordn. aufgehoben, und der zweite Satz im §. 35. des Zollstrafgesetzes v. 23. Janr. 38. abgeändert, für alle Landestheile, in welchen der Tit. 35. Thl. I. der

Untergerichte, (Fortf.)

1. der allgem. Ger. Ord. Gesetzeskraft hat. (ebendas.) 116.

Unteroffizier-Charge, Verlust derselben und aller damit verbundenen Auszeichnungen und Vorrechte seitens ausgeschiedener Militärpersonen, wenn solche zum Verluste der National-Kofarde oder zu einer Zuchthausstrafe verurtheilt werden. (A. K. O. v. 23. Apr. 42.) 191. — die Dauer der außer den Ehrenstrafen verwirkten Freiheitsstrafe darf deshalb jedoch nicht abgekürzt werden. (ebendas.) 191.

Untersuchungen, wegen Desfraudationen Landes- und grundherrlicher Nutzungen, sowie überhaupt wegen Vergehen gegen Finanzgesetze, Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zu deren Führung. (A. K. O. v. 29. April 42.) 116. — wegen Staatsverbrechen und Dienstvergehen, deren Führung in der Rheinprovinz im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42. §§. 3. 4 u. 7.) 87. — Ausschließung der Öffentlichkeit bei dens. (ebendas. §. 4.) 87.

Urteil, siehe Erkenntnisse und Kriminal-Erkenntnisse.

W.

Wagabunden, (Landstreicher), fremde, in der Rheinprovinz, Verfahren gegen dieselben nach den dort vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Verbindungen, geheime, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.

Verbrechen, gegen den Staat und dessen Oberhaupt, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz im Gerichtsbezirke des Appellationshofes zu Köln. (B. v. 18. Febr. 42.) 86—88. — Übereinkunft mit Braunschweig wegen deren gegenseitiger Bestrafung. (Minist.-Erkl. v. 3. Dezbr. u. deren Bekanntmachung v. 23. Dezbr. 41.) 9. ff.

Verbrecher, Übereinkunft mit Braunschweig wegen deren Auslieferung. (Minist.-Erkl. v. 3. Dezbr. u. deren Bekanntmach. v. 23. Dezbr. 41.) 9—11.

Verfasser, von Druckschriften, siehe diese.

Verjährungsfristen, kürzere, nach dem Gesetze vom 31. März 1838. und den im §. 4. desselben bestätigten allgemeinen Gesetzen, sowie nach den §§. 54. u. 55. Tit. 6. Thl. I. des A. L. R. und der sich hierauf beziehenden Deklaration vom 31. März 1838., die denselben entgegenstehenden provinziellen und statutarischen Bestimmungen, sie rüden längere oder kürzere Verjährungsfristen enthalten, werden aufgehoben. (B. v. 15. April 42.) 114.

Verleger, von Druckschriften, siehe diese.

Vermögens-Konfiskation, bei Desertionen in der Rheinprovinz, welche die Ehefrauen der Deserteurs thätig befördert haben, nach den dort vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Verordnungen, siehe Gesetze.

Viehsalz, siehe Salz.

Vormundschaften, Personal-, für Unmündige oder ihnen gleich zu achtende Personen, deren gegenseitige Bestellung nach der mit Braunschweig getroffenen Übereinkunft. (Minist.-Erkl. v. 3. Dezbr. und deren Bekanntmach. v. 23. Dezbr. 41.) 3. f

X.

Waaren, Entrichtung der Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben von dens. in den Jahren 1843. 1844. und 1845. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 231—298. — einstweilige Erhöhung der in diesem Tarif (Post. 20. 21. 23. b. u. 27. c.) für einige Waaren-Artikel vorgeschriebenen Eingangs-Zollsätze. (A. K. O. v. 18. Oktbr. 42.) 298.

Waaren-Begleitcheine, Gebühren-Entrichtung für dieselben. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294.

Waarenbezeichnungen, gewerbliche, Übereinkunft mit den Fürstenthümern Neuss-Plauen jüngerer Linie, zum gegenseitigen Schutze beiderseitiger Unterthanen gegen deren fälschlichen Gebrauch, nach den Anordnungen des diesseitigen Gesetzes v. 4. Juli 1840. (Minist.-Erkl. v. 5. Oktbr. u. Bekanntmach. v. 8. Novbr. 42.) 311.

Waaren-Deklarationen, in Beziehung auf Abgaben-Entrichtung, Anordnungen für deren Anfertigung. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 296.

Waaren-Verschluß, (Verbleien), Gebühren-Entrichtung für dens. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294.

Waffen, Befugniß zu deren Gebrauch seitens der von Königl. Forstbeamten zu ihrer Unterstützung und zur Verstärkung des Forst- u. Jagdschutzes angenommenen u. vereideten Korpsjäger. (A. K. O. v. 19. Febr. 42.) 111.

Wahlen, ständische, siehe letz.

Warnungstafeln, öffentliche, Untersuchung und Bestrafung deren Beschädigung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Wasser-Heilanstalten, deren Errichtung und Verwaltung. (A. K. O. v. 21. Juli nebst Reglement v. 15. Juni 42.) 243. — die Regierungen ertheilen für solche die Erlaubniß. (ebendas. §. 1.) 243. — Aufsichtigung ders. durch die Medizinal-Polizeibehörden (ebendas. §. 2.) 244. — Aufnahme, Behandlung und Kontrolle der Kranken in dens. (ebendas. §§. 2—5.)

Wasser-Heilanstalten, (Fortf.)
 §§. 2—5.) 244. — Untersuchung und Bestrafung der Konventionen rücksichtlich ders. (ebendas. §§. 6—9.) 244. — Schließung ders. und Entziehung der Koncession für dies. (§§. 6—9.) 244.
Wechselrecht, dessen Handhabung im gegenseitigen Verkehr mit Braunschweig. (Minist. Erkl. vom 4. Dezember u. deren Bekanntmachung v. 23. Dezbr. 41.) 1. 8. 13. f.
Werbungen, für fremde Mächte, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz. (B. v. 18. Febr. 42. §. 3.) 87.
Westphalen, Provinz, Bildung eines Ausschusses der Provinzial- Stände ders. (B. v. 21. Juni 42.) 233—237. — Ausführung der neuen Landgemeinde-Ordnung und der Gemeinde-Verfassung für diejenigen Städte, in welchen die revidirte Städte-Ordn. bis jetzt nicht eingeführt ist, und Bekanntmachung des dafür in den einzelnen Orten eingetretenen Zeitpunkts durch das Amtsblatt. (A. R. O. v. 13. Juni 42.) 209. — Gestattung des Verkaufs der Früchte auf dem Halm und des künftigen Zuwachses in derselben, unter Nichtanwendung der Verbotsbestimmungen des §. 12. Tit. 7. Thl. II. u. des §. 591. Tit. 11. Thl. I. des Allg. L. R. (A. R. O. v. 22. Mai 42.) 200.
Widerseßlichkeit, thätliche, gegen die Obrigkeit in deren Amtsführung, deren Untersuchung und Bestrafung in der Rheinprovinz, nach den vor der Publikation der Verordn. v. 6. März 21. dort in Kraft gewesenen Gesetzen. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.
Winkel-Konsulenten, siehe Querulanten.
Wissenschaften, Belohnung der Verdienste um dieselben durch die dazu bestimmte Klasse des Ordens, pour le mérite. (Stiftungs-Urkunde v. 31. Mai 42.) 195.
Wohnsitz, (Domizil), in Beziehung auf gegenseitige Rechtspflege mit dem Herzogth. Braunschweig. (Minist. Erkl. v. 4. Dezbr. und deren Bekanntmach. v. 23. Dezbr. 41.) 2. ff.
3.
Zentner, siehe Zoll-Zentner.
Ziegenrück, Kreis, zum Thüringischen Zoll- und Handelsvereine gehörig, Erhöhung der Salzpreise in demselben. (A. R. O. v. 4. Janr. 42.) 31.
Zilmisdorf, Dorf im Sorauer Kreise, siehe Feuer-Sozietäts-Reglement für das platte Land der Provinz Schlesien.
Zinsen, von Staatsschuldsscheinen, deren Herabsetzung von 4 auf $3\frac{1}{2}$ Prozent. (A. R. O. v. 27. März 42.) 105.

Zinskoupons und Zinscheine, ältere Kur- und Neumärkische, aus der Zeit vor dem 1. Janr. 1822, sechsmonatlicher Präklusiv-Termin zu deren Einlösung. (A. R. O. v. 5. Janr. 42.) 32.
Zollämter, Neben-, Abfertigungsbefugnisse derselben. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 297.
Zoll-Defraudationen, deren Untersuchung und Bestrafung durch die Untergerichte, in Erweiterung der Kompetenz der letztern. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116. — Umwandlung der Geldbußen für solche in Gefängnißstrafen, nach der A. R. O. v. 11. April 39. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.
Zölle, (Zollgefälle), deren Erhebung nach dem Brutto- oder Nettogewicht. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 291. f. — Waaren, Quantitäten unter $\frac{1}{1000}$ des Zentners werden nicht versteuert und Gefällbeträge von weniger als sechs Silberpfennigen oder einem Kreuzer werden überhaupt nicht erhoben. (ebendas.) 298. — Annahme von Gold- und Silbermünzen bei dens., mit Ausnahme der Scheidemünze (ebendas.) 298. — deren Entrichtung bei Neben-Zollämtern und an Niederlagsorten. (ebendas.) 297. — desgl. bei Waaren, welche zum Durchgange bestimmt sind. (ebendas.) 296. 297. — siehe auch Zolltarif.
Zollkartel, unter den zollvereinten Staaten, zur Behinderung und Unterdrückung des Schleichhandels und der Defraudationen der inneren Verbrauchsabgaben, v. 11. Mai 1833, — demselben tritt das Großherzogthum Luxemburg bei. (Vertrag v. 8. Febr. 42. Art. 15.) 99.
Zoll-Pfunde, Gewichtsverhältniß ders. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294.
Zoll-Strafgesetz, v. 23. Jan. 1838, Abänderung des zweiten Satzes im §. 35. desselben, betr. die Erweiterung der Kompetenz der Untergerichte zur Föhrung von Untersuchungen und Abfassung der Erkenntnisse wegen Zoll- und Steuer-Defraudationen. (A. R. O. v. 29. April 42.) 116.
Zolltarif, vom 24. Oktbr. 1839, Abänderung der in demf. zweiter Abth. Art. 25. X. vorgeschriebenen Zollsätze vom eingehenden Zucker. (A. R. O. v. 11. Jan. 42.) 27. — mit den Staaten des Zollvereins vereinbart, für die Jahre 1843., 1844. und 1845. (v. 18. Oktbr. 42. u. A. R. O. von demf. Tage) 251—298. — einstweilige Erhöhung der in diesem Tarif (Postf. 20., 21. d., 23. b. u. 27. c. für einige Waaren, Artikel vorgeschriebenen Eingangs-Zollsätze. (A. R. O. v. 18. Oktbr. 42.) 298.
Zollvereinsverträge, unter den zollvereinten Staaten, namentlich mit dem Großherzogthum Luxemburg (v. 8. Febr. 42.) 92—101.

Zollverfahren, rücksichtlich der auf den Eisenbahnen von Magdeburg über Braunschweig und Hannover nach Minden ein- und ausgehenden Waaren und Effekten. (Staatsverträge v. 10. April 41. Art. 7. §. 5. u. 14.) 48. 54. 56.

Zoll-Zentner, Gewichtsverhältniß ders. (Zolltarif v. 18. Oktbr. 42.) 294.

Zuchthausstrafe, die Verurtheilung ausgeschiedener Militärpersonen zu solcher hat auch den Verlust der Unteroffizier-Charge und aller damit verbundenen Auszeichnungen und Vorrechte zur Folge. (A. K. O. v. 23. April 42.) 191.

Zucker, Erhebung des Eingangszolles von dems., unter Aufhebung der in dem Zolltarif v. 24. Oktbr. 1839. 2^{ter} Abth. Art. 25. X. vorgeschriebenen Zollsätze. (A. K. O. v. 11. Jan. 42.) 27. — Verzollung des

Zucker, (Forts.)

für inländische Siedereien eingehenden Lumpenzuckers. (ebendas.) 27.

Zürich, Universität, kann von diesseitigen Unterthanen auf spezielle Genehmigung des Ministeriums der geistl. Angelegenh. wieder besucht werden. (A. K. O. v. 3. Jan. 42.) 77.

Zusammenkünfte, bestehender Gesellschaften, in der Rheinprovinz, Anwendung der darüber in ders. vor der Publikation der B. v. 6. März 1821. in Kraft gewesenen Gesetze. (B. v. 18. Febr. 42. §. 2.) 86.

Zusammenläufe, des Volks, siehe Aufläufe.

Zuwachs, künftiger, dessen Verkauf vor der Ernte in der Provinz Westphalen, unter Nichtanwendung der Verbotsbestimmungen des §. 591. Tit. 11. Thl. I. des A. L. R. (A. K. O. v. 22. Mai 42.) 200.

II. Personal-Register. 1842.

Alvensleben, von, Graf, Staats- u. Finanzminister, wird auf seinen Wunsch der Leitung des Finanzministeriums enthoben und demselben dagegen ein Theil der Vorträge bei des Königs Majestät in allgemeinen Landesangelegenheiten übertragen. (A. K. O. v. 24. März 42.) 113.

Arnim, von, Graf, Oberpräsident der Provinz Posen, wird zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt. (A. K. O. v. 13. Juni 42.) 202.

Bodelschwingh, von, Wirklicher Geheimer Rath und Oberpräsident, wird zum Staats- u. Finanzminister befördert und demselben die Leitung des Finanzministeriums übertragen. (A. K. O. v. 24. März 42.) 113.

Bülow, von, Freiherr, Wirklicher Geheimer Rath und Gesandte am Deutschen Bundestage, wird zum Staats- und Kabinettsminister ernannt und demselben die Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten übertragen. (A. K. O. v. 21. März 42.) 169.

Kampff, von, Staats- u. Justizminister, wird von der Leitung des Ministeriums für die Gesetzkreivision entbunden. (A. K. O. v. 28. Febr. 42.) 83.

Knoblauch, Stadthalter, wird zum vierten Mitgliede der Hauptverwaltung der Staatsschulden ernannt. (A. K. O. v. 23. Novbr. 42.) 314.

Köhler, Ober-Regierungsrath, wird zum dritten Mitgliede der Hauptverwaltung der Staatsschulden ernannt. (A. K. O. v. 23. Novbr. 42.) 314.

Ladenberg, von, Staatsminister und Chef der Verwaltung der Domainen und Forsten im Ministerium des Königl. Hauses, wird auf sein wiederholtes Ansuchen in den Ruhestand versetzt. (A. K. O. v. 14. Nov. 42.) 313.

Malzan, von, Graf, Staats- und Kabinettsminister, wird, fortdauernder Krankheit wegen, von der Leitung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, sowie von aller Theilnahme an Staatsgeschäften entbunden. (A. K. O. v. 21. März 42.) 109.

Marie, Prinzessin, Königl. Hoheit, Erlass der herkömmlichen Prinzessin-Steuern bei Höchstderen Vermählung. (A. K. O. v. 9. Mai 42.) 178.

Nosow, von, Staatsminister, ist auf sein Ansuchen von der Verwaltung des Ministeriums des Innern, unter Beibehaltung seiner bisherigen Stellung als Mitglied des Staatsministeriums und des Staatsraths, entbunden. (A. K. O. v. 13. Juni 42.) 202.

Savigny, von, Dr., Geheimer Ober-Revisionrath, wird zum Staats- und Justizminister ernannt, und demselben das Ministerium für die Gesetzkreivision übertragen. (A. K. O. v. 28. Febr. 42.) 83.

Stolberg, zu, **Wernigerode**, Graf, Wirklicher Geheimer Rath, wird, unter Beibehaltung seiner bisherigen Stellung im Ministerio des Königl. Hauses, zum Staatsminister ernannt. (A. K. O. v. 7. Juni 42.) 191. — demselben wird, unter Beibehaltung seiner bisherigen Stellung in dem Ministerium des Königl. Hauses, die Leitung der Verwaltung der Domainen und Forsten in demselben übertragen. (A. K. O. v. 14. Novbr. 42.) 313.

